

# BRÜSSEL UKRAINE UMSCHAU



## SCHLUSS MIT DER OFFENSIVE! SONDERAUSGABE

ROMAN SUSCHTSCHENKO, WITALIJ PORTNIKOW, WOŁODYMYR OHRYZKO,  
ROLAND FREUDENSTEIN, RASA JUKNEVIČIENĖ, ROBERT BIEDROŃ,  
WITOLD WASZCZYKOWSKI

OKTOBER-NOVEMBER-DEZEMBER 2021

DE

Brüssel Ukraine Umschau

## Brussels Ukraina Review Огляд Україна Брюссель

Ausgabe: 10. Dezember 2021

Die Zeitschrift wird herausgegeben auf Ukrainisch, Englisch, Deutsch, und Franzoesisch

### Online:

[www.promoteukraine.org](http://www.promoteukraine.org)

### Herausgeber:

NGO "Promote Ukraine"

[www.promoteukraine.org](http://www.promoteukraine.org)

### Adresse:

Velyka Zhytomyrska Str. 33, off. 611  
Kyjiw 01601, Ukraine

### Adresse in Belgien:

NGO "Promote Ukraine"

Veldstraat 24 1731 Relegem  
Belgium

### Email:

[info@promoteukraine.org](mailto:info@promoteukraine.org)

### Chefredakteur:

Marta Barandiy

### Redakteure:

Natalia Richardson,  
Evhenia Kolomiets-Ludwig,  
Ivanna Malchevska, Sofia Schewtschuk,  
Natalia Karpenko,  
Maryna Jaroschewytsch

### Redakteure der deutschsprachigen

**Ausgabe:** Erika Zimmer, Anastasiia Gusieva, Hanna Slobodyanyuk-Montavon, Danylo Poliluev-Schmidt, Nataliya Pryhornytska, Yevhenii Surniaiev

### Illustrationen und Layout:

Anna Chernysh-Poltoratska

Die Zeitschrift "Brussels Ukraina Review" wird kostenlos an Forscher, Experten, Meinungsbildner, Regierungsbeamte und Politiker der Ukraine und der Europäischen Union verteilt.

*Die Vervielfältigung der Materialien der Zeitschrift ist nur mit dem Hinweis auf die Zeitschrift gestattet. Meinungen und andere Inhalte, die von den Autoren in der Zeitschrift veröffentlicht werden, spiegeln nicht unbedingt die Position der Redaktion wider. Der Autor ist nur für das Material verantwortlich, das in der Originalsprache bereitgestellt wird. Die Übersetzung der Materialien wird auf Wunsch des Herausgebers von einer dritten Partei angefertigt. Der Verlag ist für die in der Publikation beworbenen Waren und Dienstleistungen nicht verantwortlich. Fotos stammen aus offenen Quellen.*

# VORWORT DER REDAKTION

Allmählich nähern wir uns dem Jahresende zu, Weihnachten und Silvester stehen bevor, Familien planen ihren Winterurlaub, der Adventskranz ist schon längst aufgestellt, und überall herrscht die festliche Weihnachtsstimmung.

Dieses Jahr ist aber etwas anders. Es ist jedoch nicht die COVID-Pandemie, die uns Sorgen macht. Schauen Sie doch Richtung Osten. Hören Sie das? Das Brummen von Panzern, Flugzeugen und der Lärm zahlreicher russischer Truppen, die sich an der Grenze zur Ukraine ansammeln. Dies ist keine "Winterübung". Das ist der Beginn der nächsten Phase in Putins Krieg gegen die Ukraine. Und Europa muss dabei wachsam bleiben und die mögliche bevorstehende Invasion keinesfalls außer Acht lassen.

Wir widmen diese Sonderausgabe unserer vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift der Sachlage an der östlichen Grenze der Ukraine. Zahlreiche Anzeichen sprechen dafür, dass Russland eine großangelegte Offensive gegen die Ukraine plant, was ein "Geschenk" an Putin zum 100. Jahrestag der Gründung der UdSSR sein könnte.

Dies ist nicht mehr zu ignorieren. Europa muss aufwachen und den Lärm wahrnehmen, der von der ukrainischen Ostgrenze kommt. Es ist der Lärm, der bald auch den Dnipro überrollen könnte.

*Dr. iur. Marta Barandiy*



 [twitter.com/MartaBarandiy](https://twitter.com/MartaBarandiy)

02 Vorwort der Redaktion

## PROMO GEDANKEN VON SUSCHTSCHENKO

04 Der Westen kann den Preis  
für Russlands Angriff kritisch  
anheben

*Roman Suschtschenko*

06 Russlands Krieg gegen die  
Ukraine dauert acht Jahre

*Kateryna Bratko*

10 Es ist an der Zeit, endlich die  
Augen zu öffnen

*Wolodymyr Ohryzko*

14 Putin möchte die Ukraine  
"finnisieren"

*Witaliy Portnikow*

18 Chaos als eine obligatorische  
Voraussetzung für Aggression

*Mykhajlo Samus*

22 Der "heiße" Winter 2022:  
Gasokratie vs. Demokratie

*Mykhajlo Hontschar*

## INTERVIEW

26 Putin kann die gesamte  
Ukraine beanspruchen –

Interview mit Armeegeneral

Mykola Malomuzh

*Kateryna Bratko*

30 Argumente dafür und  
dagegen: Bereitet Russland  
wirklich eine Invasion der  
Ukraine vor?

*Stepan Nasarenko*

32 Plan oder Zufall?

36 Simultanschachspiel

*Oleksand Kraiev*

40 Proaktivität und Umdenken  
für die Ukraine

*Olevs Nikers*

42 Putins bössartiger Plan  
gegen die Ukraine: Günstige  
Verhältnisse und Hindernisse

*Maryna Jaroschewytsch*

## INTERVIEW

46 Roland Freudenstein:  
"Putin spürt die Schwäche des  
Westens"

## KOMMENTAR

48 Krieg oder ein anderes  
Manöver? Was droht der Ukraine?

*Witold Waszczykowski, ,*

*Rasa Juknevičienė, Robert Biedroń*

*Viola von Cramon-Taubadel,*

*Roman Lozynskyi,*

*Aljaksandr Milinkewitsch,*

*Andreas Umland,*

*Jaroslaw Tschornohor, David Stulik,*

*Ilya Ponomarenko,*

*Daniel Szeligowski*

# DER WESTEN KANN DEN PREIS FÜR RUSSLANDS ANGRIFF KRITISCH ANHEBEN



**ROMAN  
SUSCHTSCHENKO,  
BEKANNTER  
UKRAINISCHER  
JOURNALIST,  
EHEMALIGER  
POLITISCHER  
GEFANGENER VOM  
KREML, LEITER  
DES TSCHERKASSY  
REGIONALVERBANDS  
DER POLITISCHEN  
PARTEI "EUROPÄISCHE  
SOLIDARITÄT"**

**D**ie Ukraine steht erneut vor einer ernsthaften Bedrohung durch eine groß angelegte russische Invasion. Journalisten schreiben argumentativ über die hohe Wahrscheinlichkeit dessen, Politiker machen sich Sorgen und Militärexperten schätzen verschiedene Szenarien ein. In den letzten Monaten konnten niemandem die proaktiven Aktionen der russischen Spezialeinheiten entgehen, bei denen diverse Möglichkeiten offensiver Landungsoperationen regulärer Militäreinheiten mit neuer Qualität ausgeübt werden. Moskau hat seine Stoßtruppen entlang der südöstlichen Grenze der Ukraine und auf der besetzten Krim kademäßig aufgestockt. Nach Angaben des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine sind russische Fallschirmjäger, verstärkt durch Schiffe der Schwarzmeer-, Nordmeer- und Baltischen Flotte sowie der Kaspischen Flottille, bereit, vom Süden aus zu agieren. Die Bodestreitkräfte an der Grenze im Osten und Norden der Ukraine bestehen aus fast 40 taktischen Bataillonsgruppen. Insgesamt sind fast 100.000 Soldaten, 1.200 Panzer, 1.600 Geschütze und Raketensysteme, 330 Flugzeuge und 240 Hubschrauber in Grenznähe konzentriert.

**PROMIO GEDANKEN  
VON SUSCHTSCHENKO**

In letzter Zeit wurde das Territorium der Ukraine mit Hilfe von Flugzeugen und technischer Aufklärungsmittel aktiv erkundet. Russische Aufklärungsflugzeuge, Manövriergruppen der elektronischen Aufklärung, Aufklärungssatelliten und Schiffe kommen dabei oft zum Einsatz. Bei den Übungen, von denen allein etwa 90 auf der besetzten Krym stattfanden, wurden leistungsfähige Führungs- und Kontrollsysteme in Stellung gebracht, der Einsatz zusätzlicher Divisionen territorialer Truppen geübt und auch die Einsatzreserven miteinbezogen. Alle militärischen Maßnahmen hatten das gleiche Angriffsszenario.

In diesem Jahr erkundete Russland aktiv das Territorium und die militärische Infrastruktur im benachbarten Belarus. Bilaterale Übungen der Heerestruppen, Luftwaffe und Luftlandetruppen im Nachbarstaat sind bereits an der Tagesordnung. Operative und taktische Flugabwehrraketen wurden in die belarussischen Wälder verlegt und auf den Militärflugplätzen in Belarus sind Flugzeuge der russischen Luftwaffe im Kampfeinsatz. Russland hat strategische Flüge im Luftraum von Belarus wieder aufgenommen. Moskau bewirkte künstlich die Migrationskrise, indem es Migrantenströme an die Ostgrenze der EU lenkte. Tatsächlich wird das belarussische Territorium vom Kreml kontrolliert.

Täglich finden Provokationen gegen ukrainische Truppen im Kampfgebiet im Osten des Landes statt. Das Ziel ist offensichtlich : Kyjiw zu beschuldigen, gegen den Waffenstillstand verstoßen zu haben. Unter Verletzung der Minsker Abkommen konzentrieren die Besatzer schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie im Donbas, machen ständig Drohnenflüge über den ukrainischen Stellungen, führen einen Scharfschützenkrieg, beliefern die Frontlinien mit Munition, Treibstoff, Waffen sowie Ausrüstung und blockieren

die Arbeit der Sonderbeobachtungsmission der OSZE. Moskau stellte in den besetzten Gebieten der Ukraine zwanghaft ihre eigenen Pässe aus wobei fast 650.000 russischsprachige Personen russische Pässe erhielten. Eine hohe Anzahl russischer Staatsbürger auf dem ukrainischen Gebiet soll die Lage im Osten weiter destabilisieren und als Vorwand für eine groß angelegte Invasion zum "Schutz der Russen" dienen.

Der aktuelle Stand zeigt, dass der Kreml sich für eine Eskalationsstrategie mit gelegentlicher Entspannung entschieden hat . Zunächst wird die russische Truppenstärke in der Nähe der Ukraine deutlich erhöht und später zum Teil wiederreduziert. Dennoch ist ein ständiges Wachstum der Gesamtzahl der Truppen zu verzeichnen. Der Kreml hat nicht vor, die bewaffnete Aggression gegen die Ukraine zu stoppen, im Gegenteil, er versucht weiter, ihre Souveränität zu zerstören und die Perspektiven für eine Integration der Ukraine in die europäischen Sicherheitsstrukturen und die NATO zu drosseln.

Laut Experten bereitet Putin groß angelegte Provokationen vor und wird diese in etwa zwei Monaten durchführen. Um die Stabilität in der Ukraine zu zerstören, wird der Kreml die innenpolitische und Energiekrise aktiv nutzen, subversive Tätigkeit ins Gang setzen, Propaganda intensivieren und systematisch Fake News verbreiten. All dies wird in den noch im letzten Jahrhundert veröffentlichten Lehrbüchern des KGB präzise beschrieben. Es handelt sich um fünf D-Methoden: Desinformation, Diskreditierung, Desorientierung, Destabilisierung, Desintegration.

Die Ukraine bereitet sich ernsthaft auf einen möglichen Angriff vor. Die ukrainische Armee und die Spezialkräfte verfügen über ernstzunehmende Möglichkeiten und sind bereit, gegen den Angreifer vorzugehen. Ein gemein-

sam abgesprochenes Vorgehen des Westens sollte Kyjiw helfen, seine Effektivität und Effizienz beim Widerstand gegen die aggressiven Pläne Moskaus zu erhöhen. Eine solche Interaktion wird die Kosten des russischen Angriffs entscheidend erhöhen.

Die westliche Hilfe sollte vier Richtungen aufweisen:

Erstens geht es um die Entscheidung, der Ukraine einen Aktionsplan für die NATO-Mitgliedschaft zu gewähren. Der Plan ist noch keine Vollmitgliedschaft sondern eher ein Fahrplan für Reformen, die Kyjiw angesichts der realen Bedrohung aus dem Osten umsetzen wird.

Zweitens, sollte die Liste der Sanktionen, die gegen Russland im Falle einer militärischen Eskalation oder eines Angriffs verhängt werden, veröffentlicht werden.

Drittens, ist die Energiesicherheit zu stärken, einschließlich wirksamer Sanktionen gegen Nord Stream 2.

Und zu aller Letzt geht es um die Lieferung von Verteidigungswaffen, die die Machtverhältnisse auf dem Schlachtfeld zugunsten der Ukraine entscheidend verändern werden. Angefangen von Abwehrbatteriestationen zur Erhöhung der Effektivität ukrainischer Geschütze, Stationen für elektronische Kampfführung, Munition, Ausrüstung sowie Luft- und Raketenabwehrsystemen bis hin zur Stationierung von Einheiten und Militärstützpunkten der Alliierten in der Ukraine, zum Beispiel in der Nähe von Kyjiw, Odessa oder Sumy.

Als Signal für ein abgestimmtes Vorgehen zwischen der Ukraine und der westlichen Koalition ist ab Januar die Zahl und die Intensität der Besuche diplomatischer Vertretern der NATO, der USA, Großbritanniens, Kanadas und der EU in die Ukraine zu erhöhen.

# RUSSLANDS KRIEG GEGEN DIE UKRAINE DAUERT ACHT JAHRE



**KATERYNA BRATKO,  
FREIE JOURNALISTIN,  
BEOBACHTERIN,  
INTERVIEWERIN MIT  
ÜBER 15 JAHREN  
ERFAHRUNG IM  
JOURNALISMUS.  
KOMPETENZBEREICH:  
INTERVIEWS MIT  
POLITIKERN,  
HOCHRANGIGEN  
BEAMTEN,  
MEINUNGSLEITERN,  
EXPERTEN, SPORTLERN**

**S**eit 2014 hörten die Kampfhandlungen im Donbas nie wirklich auf. Unterdessen wurden in den letzten Tagen aktiv Informationen über eine mögliche großangelegte Invasion russischer Truppen auf das Territorium der Ukraine verbreitet. Der Grund dafür ist, dass Russland Tausende Militärangehörige auf seinen westlichen Regionen und in der vor ihm besetzten Krym ansammelte.

## Ist dies die Vorbereitung auf eine Invasion?

Niemand, außer Putins Generäle, kennt die wahren Pläne des Kremls. Zugleich warnen aber einflussreiche westliche Medien wie die New York Times und Bloomberg unter Berufung auf ihre Geheimdienstquellen vor einem möglichen winterlichen Vorstoß seitens Russland. Derzeit sind nach Angaben des US-Geheimdienstes und der ukrainischen Militärführung etwa 92.000 russische Soldaten und Offiziere im Norden und Osten der Ukraine stationiert. Auf der Krym und in der Nähe der Stadt Jelnja, die nahe der russischen Grenze zu Belarus liegt, ist eine Aufstockung der Truppen zu verzeichnen. Darüber hinaus werden in Russland

Zehntausende Reservisten mobilisiert, mit der Aufgabe, das Besatzungsregime in den besetzten Gebieten zu unterstützen.

US-Außenminister Anthony Blinken erklärte sogar, dass es angesichts der jüngsten Aufstockung russischer Truppen möglicherweise um die Vorbereitung einer Invasion handele.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg ermahnte Moskau auf der Pressekonferenz in Brüssel, die dem Treffen der Außenminister der NATO in Riga vorausging.

"Wir sind sicherlich besorgt darüber, was wir in der Ukraine und um sie herum sehen", sagte Stoltenberg. "Die NATO beobachtet sehr genau die Situation in der Ukraine und gibt die Information an ihre Verbündeten weiter. Es gibt jetzt keine Gewissheit über die Absichten Moskaus. Aber die Tatsache, dass russische Truppen weiter aufgestockt werden und dass Russland die Ukraine schon einmal angegriffen hat, ist Anlass zur Sorge."

"Russland besetzt weiterhin illegal die Krym, destabilisiert die Ostukraine und führt weiter Cyberangriffe gegen das Land. All dies seien Gründe, sehr besorgt zu sein. Die Regierung in Moskau muss eine weitere Eskalation verhindern. Andernfalls wird es zu hohen Kosten für Russland führen", so Stoltenberg.

Der Leiter des Hauptnachrichtendienstes des Verteidigungsministeriums der Ukraine Kyrylo Budanow nannte sogar den Zeitpunkt einer möglichen Invasion. Seiner Information zufolge handelt es sich um Januar/Februar 2022.

Stattdessen beschuldigt Russland alle außer sich selbst für alles, was passiert. Putins Sprecher Dmitri Peskow versucht die Welt davon zu überzeugen, dass es die Ukraine sei, die aggressive Aktionen gegen Donbas, die Volksrepubliken Donezk und Luhansk plant sowie, dass Militärausbilder aus den NATO-Staaten in der Ukraine tätig sind. Abgesehen von diesen Worten kann der Kreml jedoch keine anderen Beweise für die Wahrheit dieser Aussagen erbringen.

Doch die Truppenansammlung nahe der ukrainischen Grenze ist nicht der einzige Grund zur Sorge. In den vergangenen Monaten haben der Kremlführer und mehrere andere hochrangige russische Funktionäre zahlreiche Artikel veröffentlicht, in denen sie sich sehr aggressiv gegen die Ukraine aussprechen. In diesen Artikeln stellten sie das Existenzrecht der Ukraine als Staat infrage. Sie lehnten auch ab, die demokratisch gewählte ukrainische Regierung anzuerkennen. Insbesondere Putins Vertrauter und Sekretär des russischen Sicherheitsrats Nikolai Patruschew äußerte die Meinung, dass die Ukraine vor einem "afghanischen Szenario" steht. Er wies damit auf die Gefahr des Landeszerfalls hin.

## Putin setzt die für Russland vorteilhaften Lösungen durch

Der Direktor des Instituts für Weltpolitik Yewhen Magda unterstreicht, dass der Krieg Russlands gegen die Ukraine bereits acht Jahren andauere und dadurch mehr als 14.000 Menschen zum Opfer fielen.

"Leider lassen die Kämpfe im Donbas seit 2014 nicht nach. Der Waffenstillstand ist sehr formell. Daher kann ich sagen, dass es jetzt eher darum geht, das Ausmaß der Invasion auszuweiten. Gerade über so ein Szenario schreiben die westlichen Massenmedien bereits seit Anfang November. Der offizielle Kyjiw teilt auch diese Ansicht. Gleichzeitig ist es wichtig zu verstehen, dass die hybride Kriegsführung nicht nur Kampfhandlungen bedeutet, sondern auch wirtschaftliche und informationelle Faktoren aufweist. Russlands "Informationstruppen" sind sehr gut ausgebildet und weltweit stationiert, die meisten von ihnen befinden sich in Europa. Auf unterschiedlichster Weise versucht Russland, durch Erpressungs- und Druckmittel die Unabhängigkeit der Ukraine auf der internationalen Bühne zu destruieren", betonte Yewhen Magda.

Auch ist er der Meinung, dass Russland keine Möglichkeit habe, solche große ukrainische Territorien zu versorgen. Ihm zufolge will Russland die ukrainische Militärrinfrastruktur kaltstellen, dafür wären Luftangriffe das beste Format. Es ist schwierig, die Widerstandseffizienz vorherzusagen, da die Ukraine nie die Chance hatte, die Wirksamkeit ihrer Luftverteidigung zu testen. Das Land kann auf die Hilfe westlicher Verbündeten hoffen, jedoch muss man wohl verstehen, dass es – selbst wenn der Westen die Ukraine technisch unterstützen wird – unmöglich ist, eine große Anzahl von Fliegerabwehranlagen prompt in Arbeitsmodus zu bringen.

Laut Yewhen Magda weisen diese Aktivitäten mehrere Ziele Putins auf. "Ich glaube, er möchte die Situation eskalieren lassen, um die für Russland notwendigen und nützlichen Lösungen durchzusetzen: Es geht um die Bereitschaft der Ukraine, sich mit den Rebellen an den gemeinsamen Verhandlungstisch zu setzen, um den Start von Nord Stream 2 sowie um die Anerkennung der Parität Wladimir Putins mit den G7 Staats- und Regierungschefs, zum Beispiel in Form eines informellen Gipfels des UN-Sicherheitsrates", so Magda.

Der Wunsch von Russland-Regime, Europa zu zwingen, dem Start von Nord Stream 2 zuzustimmen, ist ein Ritt auf der Rasierklinge. Sobald Russland auch nur eine stark getarnte Militäroperation startet, wird dies das Ende von Nord Stream 2 bedeuten. Außerdem hat Russland das Überraschungsmoment bereits verloren. Denn die Welt ist schon über eine mögliche militärische Eskalation seitens des Kremls informiert.

Gleichzeitig macht Yewhen Magda darauf aufmerksam, dass sich häufig amerikanische Raketenzerstörer im Schwarzen Meer aufhalten. Sie waren dort im Frühjahr und sie sind dort auch jetzt. Die Schiffe haben ein sehr starkes Luftverteidigungssystem, das das Territorium der Ukraine, wenn nicht vollständig, so doch zum größten Teil abdecken kann. Das ist ein wichtiger Faktor, denn es macht einen Unterschied aus, ob sich die Piloten sicher fühlen oder ob ihr Flugzeug von einer Rakete getroffen werden kann.

Man soll auch nicht vergessen, dass die USA im Falle einer offenen Aggression Sanktionen über Russland verhängen kann. Auch kann die Ukraine militärische und technische Unterstützung von den

USA bekommen, aber die Letzteren werden nicht für die Ukraine kämpfen. Europa kommt in dieser Situation auch nicht zu kurz. Dennoch zögert leider die EU, tatkräftig auf Russlands offensichtliche Beteiligung an der Migrantenkrise an der Grenze zwischen Belarus und Polen zu reagieren.

Es ist klar, dass die Europäische Union mit ihren Sanktionsmöglichkeiten gegen Russland schon ohnehin an die gläserne Decke stößt, welche nur durch eine offene Invasion zerstört werden kann. Ein klares politisches Statement des EU-Rates, dass Nord Stream 2 ausschließlich nach den Normen des Dritten Energiepakets betrieben werden kann, könnte eine kalte Dusche für den Kreml sein. Im Falle einer realen Invasion könnte der Westen Russland aus dem SWIFT-Zahlungssystem ausschließen sowie den Luftraum für Militärflugzeuge sperren.

Stattdessen will Russland seinen Einfluss in der Ukraine erhöhen und nicht nur über [die von ihr geschleusten] Agenten handeln, von denen sich viele in der Ukraine befinden. Schließlich betrachtet der Kreml die Besetzung eines Teils des Donbases, also eines relativ kleinen Territoriums der Ukraine, als ein Einflussmittel auf das ganze Land, insbesondere auf seine Außenpolitik und den Beitritt zur NATO.

Man kann davon ausgehen, dass Putin Bedenken hat, ob dieses Ziel erreichbar sei. Russland wird einen Teil der Ukraine kontrollieren, aber den Hauptplan – maximale Kontrolle über das ganze Land – nicht umsetzen können.

Somit ist eine umfassende russische Invasion der Ukraine möglich, aber eher unwahrscheinlich. Davon gehen die meisten Analytiker aus. Gleichzeitig darf man jedoch nicht vergessen, dass der Kreml – sobald er etwas vorhat – mehrere Operationspläne hat, um sein Ziel zu erreichen. Solche Pläne des Kremls müssen systematisch und aggressiv mit allen möglichen Mitteln bekämpft werden.



*"Wir sind sicherlich besorgt darüber, was wir in der Ukraine und um sie herum sehen", sagte Stoltenberg. "Die NATO beobachtet sehr genau die Situation in der Ukraine und gibt die Information an ihre Verbündeten weiter. Es gibt jetzt keine Gewissheit über die Absichten Moskaus. Aber die Tatsache, dass russische Truppen weiter aufgestockt werden und dass Russland die Ukraine schon einmal angegriffen hat, ist Anlass zur Sorge."*

[www.promoteukraine.org](http://www.promoteukraine.org)



# Promote Ukraine

**Brüsseler gemeinnützige Medien-  
und zivilgesellschaftliche  
Plattform für den Austausch  
von Fachwissen zwischen der  
Ukraine und der EU**

# ES IST AN DER ZEIT, ENDLICH DIE AUGEN ZU ZU ÖFFNEN



**WOLODYMYR OHRYZKO,  
AUßENMINISTER DER  
UKRAINE (2007-2009),  
LEITER DES ZENTRUMS  
FÜR RUSSLANDSTUDIEN**



**E**uropa erlebt wieder stürmische Zeiten. Die Gaserpressung seitens des Kremls ließ noch nicht nach, als sich die Migrationskrise an der belarussischen Grenze, sowie an den baltischen Staaten anbahnte. Nur ganz naive Menschen konnten glauben, dass diese vom "teuflischen" Lukaschenko provoziert wurde. Der tatsächliche Regisseur des Ganzen ist Putin. Sie können mich fragen: warum wohl? Der sehnlichste Wunsch des Kremls war und bleibt, die EU und NATO zu spalten, sowie die einen europäischen Länder den anderen gegenüberzustellen. Das Prinzip ist ewig wie die Welt: divide et impera (teile und herrsche).

Leider muss man traurig feststellen, dass dies Putin manchmal auch gelingt. Großzügige "Finanzspritzen" in die Rechtsradikalen in Deutschland und Italien, Bestechung aktueller und ehemaliger Politiker in Frankreich und Österreich, Sonderbeziehungen zu Ungarn und Serbien, eine aktive Impfgegner-Kampagne durch RT- und Sputnik-Propaganda-Sprachrohre, sowie "Nord Stream-2" zahlt sich aus: In Europa wird es immer schwieriger, mit einer einheitlichen Stimme zu sprechen. Wie wir sehen können, sind die Formen unterschiedlich, aber das Wesen ist das gleiche.

Das bequemste Werkzeug für die Schichtung des kollektiven Westens war wohl die sog. "Ukrainische Krise", wie die Aggression des Kremls von manchen im Westen immer noch genannt wird. Dass dies eine Aggression ist, wird jedem klar, der den Text der Resolution №3314 der UN-Generalversammlung vom 14. Dezember 1974 [1] liest und die dort definierten Aggressionsmerkmale mit Russlands Vorgehen in der Ukraine ab 2014 bis heute ver-

gleicht. Es ist zu hoffen, dass diese Resolution eines Tages auch in den europäischen Hauptstädten sowie im EU- und NATO-Hauptquartier gelesen wird.

Nachdem der Kreml die ukrainische Krym besetzte und einen Krieg im Donbas auslöste, stand der Westen vor einem Dilemma: Entweder die Tatsache akzeptieren, dass im XXI. Jahrhundert totalitäre und aggressive Regime nach eigenem Ermessen die Grenzen europäischer Staaten neu ziehen und das gesamte System der globalen Sicherheit in Frage stellen können oder ihnen eine gebührende Abfuhr erteilen. Es wird immer noch der Eindruck erweckt, dass das liberale Europa sich weder für die eine noch die andere Variante entschied, hoffte aber gleichzeitig, dass seine Schmeichelpolitik gegenüber dem Aggressor auf Kosten seines Opfers, helfen wird, mit heiler Haut davonzukommen. Dazu trug auch die Kompromiss- und Zustimmungspolitik der US-Regierungen von Obama und Trump bei.

Der strategische Fehler der "Versöhnungspolitik" bestand in der Hoffnung, dass somit das Problem der russischen Offensive auf den kollektiven Westen gelöst werden könnte. Stattdessen wurde diese Politik vom Kreml als Schwäche und Berechtigung zu neuen Aggressionen wahrgenommen. Aber nicht nur gegen die Ukraine, sondern auch gegen den Westen selbst.

Die Situation ändert sich jedoch. Das Umdenken des Westens bzgl. seiner Russlandpolitik wurde auch durch interne Ereignisse in diesem Land ausgelöst. Menschenrechtsverletzungen, Ermordungen und Vergiftungen führender Regierungsgegner, Folterungen in Gefängnissen, totale Zensur, offene antiwestliche Propaganda, Neufassung des Grundgesetzes unter Putin, Manipulation von Parlamentswahlen usw. sind im russischen Regime zum Alltag geworden. Selbst für einen

sehr liberalen und sehr gedulden Westen ist es schon zu viel.

Das russische Spiel mit dem Feuer an den Grenzen der Ukraine beschleunigte die Suche nach Antworten auf die Herausforderungen seitens Moskau. Das Force Majeure im April und die damals sehr versöhnliche Reaktion bestärkten den Kreml in der Ansicht, dass der Druck auf den Westen wiederholt werden könnte. Genau diese Situation sehen wir heute. Im Gegensatz zum Frühjahr ist die Reaktion des Westens jetzt aber viel härter. Das ist für den Kreml besorgniserregend, aber es hält ihn nicht auf.

Der Kreml geht in seinen Berechnungen davon aus, dass der kollektive Westen höchstwahrscheinlich für die Ukraine nicht kämpfen wird. Ich erlaube mir anzunehmen, dass der Westen auch für eine hypothetische Narva, die Stadt in Estland, nicht kämpfen wird. Der Grund liegt auf der Hand: Der europäische Verstand hat längst sogar die Spuren eines militanten Revanchismus verloren, und ein allumfassender Pazifismus ist zur Ideologie der EU und der NATO geworden, auch wenn es äußerst notwendig ist, zwischen Aggressor und Opfer klar zu unterscheiden. „Hauptsache, es wird nicht geschossen“ – dieser humanistische Ansatz führte dazu bei, dass viele europäische Konflikte jahrzehntelang eingefroren wurden, ohne wirklich grundsätzlich gelöst zu werden.

Stattdessen erinnerten sich die Europäer an eine andere Form der Einflussnahme auf Völkerrechtsverletzer – die Sanktionen. Obwohl sie nur darauf abzielen, das Verhalten zu ändern, nicht das Regime, haben sie dennoch eine abschreckende Wirkung. Aber reicht es wirklich aus? Die Entscheidung, die Krym einzunehmen und den Krieg im Donbas zu entfalten, wurde in erster Linie vom RUSSISCHEN STAAT in seinen höchsten politischen Institutionen getroffen.

[1] [https://www.un.org/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=A/RES/3314\(XXIX\)&Lang=E](https://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/3314(XXIX)&Lang=E)

Bestimmte juristische oder natürliche Personen haben nur die jeweiligen Befehle ausgeführt. Daher sind die auf die Letzteren gerichteten Sanktionen in der Praxis eher eine Möglichkeit, die Haupttäter nicht zu bestrafen und den Aggressor nicht zurechtzuweisen.

## Wie wird sich die Situation weiter entwickeln?

Es ist davon auszugehen, dass nachdem der kollektive Westen nun seine liberalen Augen leicht öffnete, er doch sehen konnte, dass seine vitalen Interessen größer denn je unmittelbar bedroht werden. Der Verlust der Ukraine bedeutet den Verlust der strategischen Initiative und die weitere Offensive Moskaus. Zu den nächsten Opfer könnten zuerst Moldau, Georgien, die baltischen Länder und später auch Polen, Rumänien oder Bulgarien zählen. Daher muss schnellstens gehandelt werden. Es bleibt nur die Frage: Wann und wie?

Es ist notwendig, sehr konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine zu ergreifen. Eigentlich sollte dies noch gestern getan werden. Die Aussagen wie "Falls Moskau angreift, dann werden wir..." sind in erster Linie unmenschlich, weil sie bedeuten, dass Tausende oder Zehntausende von Militärs und Zivilisten auf beiden Seiten sterben werden, und die Infrastruktur vieler Regionen sowohl in der Ukraine als auch in Russland zerstört wird. Die Frage, ob der Konflikt lokalisiert werden könnte oder ob er zu einem umfangreichen Krieg eskaliert wird, bleibt offen. Ist eine solche Entwicklung im Interesse des Westens? Ich vermute, nein.

Daher benötigt die Ukraine eine sofortige und umfassende militärische Unterstützung. Ich würde über so etwas wie das Leih- und Pachtgesetz aus den Zeiten des Zweiten Weltkrieges sprechen. Dies sind in erster Linie Luftverteidigungsanlagen, Panzer- und Schiffsabwehr-

waffen, Mittelstreckenraketen, Aufklärungsgeräte und vieles mehr, was den Fachleuten gut bekannt ist. Wir müssen unseren amerikanischen, britischen, kanadischen, polnischen, litauischen, türkischen und einigen anderen Verbündeten danken, die nicht nur ihr Besorgnis aussprechen, sondern den ukrainischen Soldaten bereits die Möglichkeit gegeben haben, sich viel sicherer zu fühlen. Die Bereitschaft einiger NATO-Staaten, nicht nur bestimmte Arten von militärischer Ausrüstung auf das ukrainische Territorium zu verlagern, sondern auch kleine Kontingente ihrer Truppen zu entsenden, ist von grundlegender Bedeutung. Wir hoffen, dass solche Beispiele andere NATO-Staaten dazu ermutigen werden, ihre Position zu ändern und mit den Aussagen wie "gleichwertige Entfernung" und "Nichtlieferung von Waffen in die Konfliktzonen" aufzuhören, was de facto eine indirekte Unterstützung von Moskau bedeutet. Letztlich hat die Ukraine das Recht auf Selbstverteidigung (wer es vergessen haben sollte, kann den Artikel 51 der UN-Charta noch einmal lesen und nicht nur ständig wiederholen, dass "es keine Alternative zu dem Minsker Abkommen gäbe").

Fazit: Eine mächtige ukrainische Armee, die dem russischen Aggressor spürbare und schmerzhaft Verluste zufügen kann, ist die beste Garantie gegen das unangemessene Verhalten des Kreml-Regimes, das sowohl im Interesse der Sicherheit der Ukraine als auch des Westens liegt.

Dies ist nur eine Möglichkeit, um Russland zurückzuhalten. Eine andere sind die bereits erwähnten Sanktionen. Aber sie sollten nicht ex post, sondern ex ante geschehen. Wie wir wissen, gibt es genügend Gründe dafür. Die Sanktionen müssen sich auf die wichtigsten Bereiche konzentrieren, die Moskau einen ernsthaften wirtschaftlichen Schaden zufügen könnten. Das sind harte Branchensanktionen. In den USA werden sie "höllisch" genannt: Öl- und Gasembargo, Abkopplung vom Finanzsystem des Westens, Einfrieren der Bestände russischer

juristischer Personen und berühmter physischer Personen in Banken in Europa und Nordamerika, Verbot für Aeroflot und andere russischen Fluggesellschaften, Flughäfen in Europa und Nordamerika anzufliegen, Verbot für russische Schiffe, europäische und amerikanische Häfen anzufahren usw. Die Liste der Sanktionen ist seit langem bekannt. Es ist wichtig, dass die Wirtschaftssanktionen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa koordiniert koordiniert werden. Für die weitere Anwendung bedarf es nur den politischen Willen.

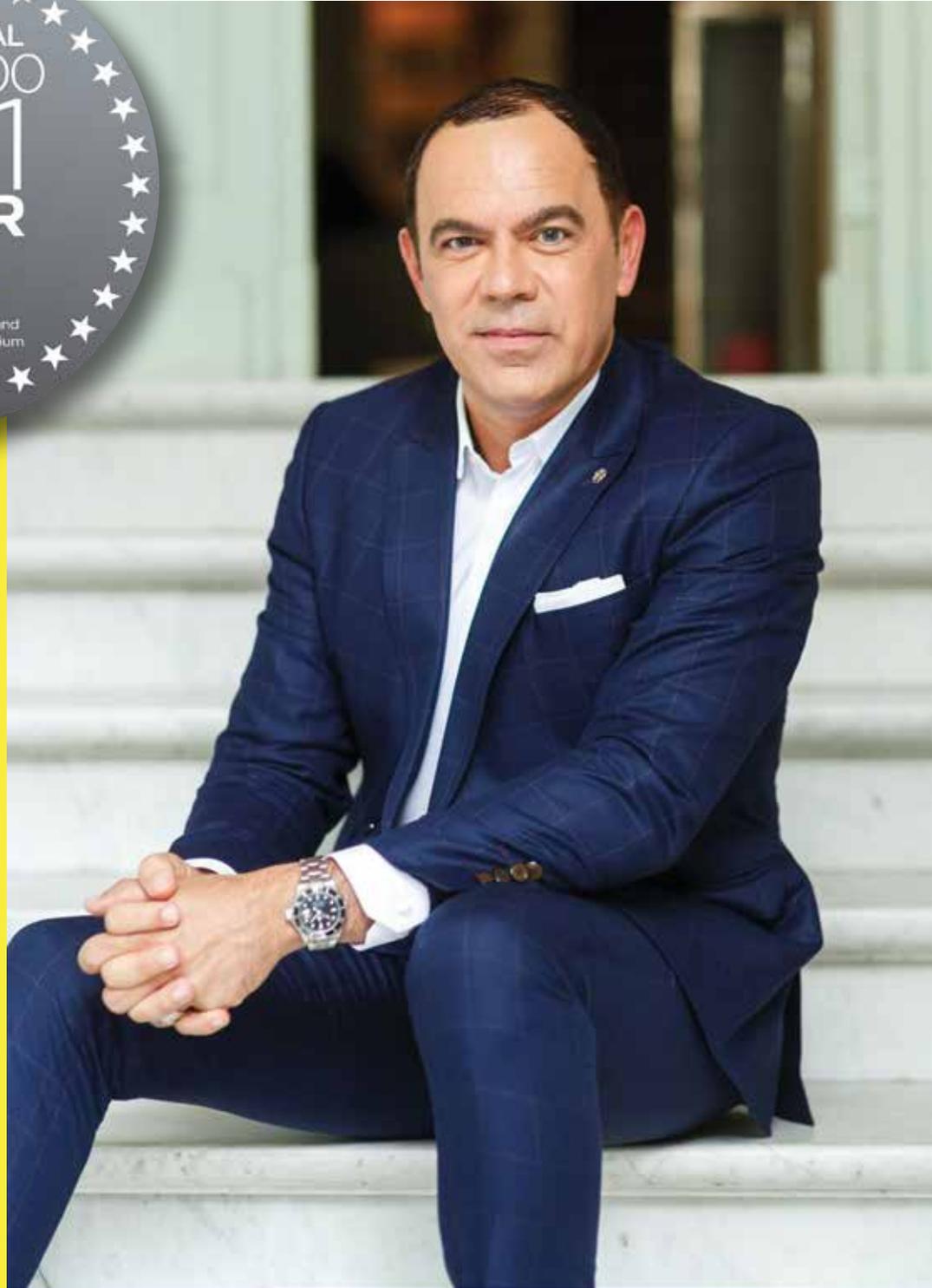
Ganz zu schweigen von politischen und diplomatischen Sanktionen, wie zum Beispiel: Runterstufung der diplomatischen Beziehungen, Beschränkung aller offiziellen Kontakten bis auf die Arbeitsebene, Entzug des Stimmrechtes oder gar der Ausschluß aus dem Europarat. Das Land-Aggressor muss verstehen, dass die Zeiten für eine Überredung vorbei sind. Entweder werden wieder die Normvorschriften des Völkerrechtes beachtet, die Truppen aus Georgien, Moldau und der Ukraine abgezogen, auf das Einmischen in die inneren Angelegenheiten der postsowjetischen Länder sowie der EU und NATO verzichtet, die Cyberkriminalität eingestellt, sowie die Menschenrechte in Russland geachtet oder es erfolgt eine internationale Isolation und der darauffolgende natürliche Zusammenbruch. Und nicht nur der des Putin-Regimes, sondern des ganzen Russlands. Denn dieses Konstrukt wird noch schneller zusammenbrechen als die ehemalige Sowjetunion, sobald es einen ernsten Schlag abbekommt. Es gibt für einen Dialog mit internationalen Kriminellen kein Platz mehr.

Es hat sich so ergeben, dass die Ukraine heute eine Art Vorposten der westlichen Zivilisation, eine Wasserscheide zwischen Demokratie und Totalitarismus geworden ist. Der Letztere versteht seiner Natur nach nur Gewalt. Die Ukraine und der kollektive Westen können und müssen es endlich zum Ausdruck bringen.

# A “BOUTIQUE” LAW FIRM IN THE HEART OF EUROPE



info@vanbellelaw.com  
Avenue Général de Gaulle 47, B-1050 Brussels (Belgium)



# Vanbelle

# PUTIN MÖCHTE DIE UKRAINE "FINNISIEREN" PUTIN MÖCHTE DIE UKRAINE "FINNISIEREN"



**WITALIY PORTNIKOW,  
UKRAINISCHER JOURNALIST,  
POLITISCHER KOMMENTATOR,  
AUTOR UND MEINUNGSBILDNER**

**I**n den letzten Wochen versuchen wir, die Ziele des Kremles zu verstehen. Berichte führender westlicher Medien über die Ansammlung russischer Truppen an den Grenzen der Ukraine wurden von ukrainischer Führung zunächst skeptisch angenommen. In Kyjiw zeigte man sich sogar erstaunt über diese Information und meinte, man verstehe nicht, warum sich die führenden amerikanischen Medien an Russlands "Propaganda-Kampagne" beteiligen. Der Ton änderte sich auch dann nicht, als hochrangige US-Beamte, darunter US-Außenminister Anthony Blinken und US-Verteidigungsminister Lloyd Austin, Besorgnis über die Anzahl russischer Truppen äußerten. Präsident Wolodymyr Selenskyj betonte, dass russische Truppen ständig an den Grenzen der Ukraine seien und der Westen dies erst jetzt bemerke. Andere ukrainische Regierungsbeamte sprachen im gleichen Ton.

Aber allmählich änderte sich der Ton der ukrainischen Führungsebene. Der Leiter des Hauptnachrichtendienstes des Verteidigungsministeriums der Ukraine, Kyrylo Budanow, räumte die Möglichkeit einer russischen Invasion im kommenden Winter ein. Seitdem sprechen amerikanische, ukrainische und europäische Politiker mit einer Stimme.

Moskau beschuldigt seinerseits amerikanische Politiker und Medien, gegen Russland eine Propagandakampagne durchzuführen, und betont, Russland werde niemanden angreifen, es sei denn, die Ukraine würde es provozieren. Jedoch die Häufigkeit dessen, wie oft Moskau es öffentlich unterstellt, der Westen beliefere die Ukraine mit Waffen und Kyjiw habe aggressive Pläne, ist alarmierend. Denn sobald Russland anderen Ländern Provokationen vorwirft, bereitet es diese Provokationen in der Regel selbst vor.

Deshalb sind die Aussagen russischer Funktionäre und Propagandisten mit aller Sorgfalt zu analysieren. Russlands Sicherheitsratssekretär Nikolai Patruschew, einer der engsten Berater Wladimir

Putins, hat den Westen erschreckt, indem er sagte, dass "die Ukraine jeden Moment auflodern kann" und Millionen ukrainischer Flüchtlinge Europa destabilisieren würden. Patruschews Stellvertreter Oleksandr Hrebenkin behauptet, ukrainische Geheimdienste bereiten Sabotagehandlungen auf der Krym vor. Der sogenannte Leiter der Volksrepublik Donezk Denis Puschilin sagt, Kyjiw wolle das Donbas-Problem nach dem "kroatischen Szenario" mit militärischen Mitteln lösen. Und der belarussische Machthaber Aljaksandr Lukaschenka, der Moskaus politischen Wünschen immer stärker nachkommt, wirft der Ukraine vor, die Lage in Belarus destabilisieren zu wollen.

All diese Aussagen lassen den Schluss ziehen, dass die russische Aggression aus mehreren Richtungen gleichzeitig anbahnen kann – aus den besetzten Gebieten des Donbases und der Krym sowie seitens der Grenze zu Belarus, von wo die Hauptstadt Kyjiw am leichtesten anzugreifen wäre. Der Kreml scheint der ukrainischen Führung und dem Westen demonstrieren zu wollen, dass er bereit wäre, entschiedene Destabilisierungsmaßnahmen der ukrainischen Staatlichkeit zu ergreifen. Aber der Westen betont, er werde

die Ukraine angesichts eines russischen Angriffs nicht allein lassen. Die USA erwägen neue Waffenlieferungen an die Ukraine, Großbritannien hat versprochen, im Falle eines russischen Angriffs Spezialeinheiten in die Ukraine zu entsenden, und Schweden ist bereit, Militärausbilder ins Land zu schicken.

Der Ton der Vermittler im Normandie-Format – der Staats- und Regierungschefs Deutschlands und Frankreichs – ist gegenüber Russland deutlich härter geworden, insbesondere nachdem der russische Außenminister Sergej Lawrow seine offizielle Korrespondenz mit Kollegen aus Berlin und Paris unter Verstoß jeglicher diplomatischen Etikette veröffentlichte. Es stellte sich dabei heraus, dass die Außenminister Frankreichs und Deutschlands nicht in Erwägung ziehen, Russland als Vermittler im Donbas-Konflikt zu betrachten sowie den direkten Gesprächen zwischen Kyjiw und den Marionettenregierungen der sogenannten Volksrepubliken zuzustimmen.

All dies kann einerseits Zuvorsicht wecken, aber andererseits – besonders in der Ukraine – schafft es eine angespannte Atmosphäre der Unvermeidbarkeit eines echten militärischen Konfliktes nicht nur zwischen Russland und der Ukraine, sondern auch zwischen Russland und dem Westen.

Wladimir Putin scheint dies sehr zu mögen. Auf einer Vorstandssitzung im russischen Außenministerium sagte Putin, dass eine so starke Spannung sogar sinnvoll sei, weil Russland auf diese Weise der zivilisierten

Welt deutlich mache, welchen Preis die Letztere für die europäische und euro-atlantische Integration der Ukraine zahlen muss. Und diese Aussagen legen nahe, dass es weniger um Krieg geht, als vielmehr darum, eine Atmosphäre der Unvermeidbarkeit eines Krieges zu schaffen.

Wofür braucht der Kreml eine solche Atmosphäre? Wahrscheinlich ist der Versuch, die maximale Eskalation zu demonstrieren, mit der Vorbereitung eines möglichen zukünftigen Treffens der Präsidenten Russlands und der Vereinigten Staaten verbunden. Es ist kein Geheimnis, dass die Ukraine das Hauptthema der Gespräche zwischen den Präsidenten Russlands und der USA sein kann. Der Wunsch, die Situation mit dem amerikanischen Präsidenten zu besprechen, ist wohl einer der Gründe, warum der Kreml auf die Gespräche im Normandie-Format verzichtete und auch Angela Merkels Angebot ignorierte, ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs von Frankreich, Deutschland, der Ukraine und Russland noch vor ihrem Abtritt als Bundeskanzlerin durchzuführen.

Aber was möchte Putin dem US-Präsidenten vorschlagen? Einen Überblick über die Absichten Russlands gab Fyodor Lukyanov, einer dem Kreml nahestehender Experte und Vorsitzender des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik. In einem in der Zeitschrift "Russland in der globalen Politik" veröffentlichten Artikel behauptet Lukyanov, dass die USA und Russland zwecks Spannungsabbau um die Ukraine in die Ausgangsstellung zurückkehren müssen, wonach andere Staaten nicht das Recht



*Moskau beschuldigt seinerseits amerikanische Politiker und Medien, gegen Russland eine Propagandakampagne durchzuführen, und betont, Russland werde niemanden angreifen, es sei denn, die Ukraine würde es provozieren.*

haben, eigenständig entscheiden zu können, welchen wirtschaftlichen und militärischen Allianzen sie beitreten wollen. Einfach ausgedrückt: Die europäischen und euro-atlantischen Integrationsversuche der Ukraine sollen stillgelegt werden. Aber nicht nur das. Lukyanov schlägt auch vor, zum Modell der „Finnisierung“ zurückzukehren.

Hier möchte ich kurz in die Geschichte zurückgreifen: Finnland konnte nach dem Zweiten Weltkrieg die Besetzung durch die Sowjetunion und die Errichtung des kommunistischen Regimes vermeiden. Das Land verlor aber dadurch die Möglichkeit einer eigenständigen Außenpolitik. Erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bekam Finnland die Chance, in die internationale Arena einzutreten. Moskau möchte der Ukraine einen ähnlichen Status erteilen, mit dem einzigen Unterschied, dass dies nur eine der Etappen der Aufhebung der ukrainischen Staatlichkeit durch Russland sein kann.

Wird der US-Präsident solchen Vorschlägen zustimmen? Dies ist eher unwahrscheinlich, aber Joe Biden wird offensichtlich nach Kompromissen und Möglichkeiten suchen, um einen militärischen Konflikt zu verhindern. Die ukrainischen Machthaber müssen ernsthafte Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, dass solche Kompromisse nicht auf Kosten der Ukraine erreicht werden.

Somit kommen wir zurück zum Thema Vertrauen, worüber schon oft gesprochen wurde. Inwieweit

genießt die derzeitige ukrainische Staatsführung das Vertrauen des Weißen Hauses und in welchem Maße beeinflusst sie die Position des US-Präsidenten und anderer amerikanischer leitender Politiker? Inwieweit schaffen es die Ukrainer, ihre Meinung noch im Vorfeld des Putin-Biden-Gipfels der US-Administration zu vermitteln?

Dies ist keine leichte Frage, insbesondere, wenn man sich daran erinnert, dass eine Einladung des ukrainischen Präsidenten nach Washington erst nach dem Treffen der amerikanischen und russischen Präsidenten und nach dem Beschluss der US-Regierung, der Fertigstellung von Nord Stream 2 nicht im Wege zu stehen, erfolgte. Viele Experten sind übereinstimmend darüber, dass der Start dieser Pipeline den möglichen russischen Angriff erleichtern wird. Aber hat Washington aus den Konsequenzen um Nord Stream 2 die richtigen Schlüsse gezogen? Und versteht man in der US-Hauptstadt die wahren Absichten von Wladimir Putin?



**Wahrscheinlich ist der Versuch, die maximale Eskalation zu demonstrieren, mit der Vorbereitung eines möglichen zukünftigen Treffens der Präsidenten Russlands und der Vereinigten Staaten verbunden. Es ist kein Geheimnis, dass die Ukraine das Hauptthema der Gespräche zwischen den Präsidenten Russlands und der USA sein kann.**



**CROSS-BORDER BUSINESS POLITICAL  
MEDIA CONSULTING**

# CHAOS ALS EINE OBLIGATORISCHE VORAUSSETZUNG FÜR AGGRESSION

**S**eit der russischen Besetzung der Krym und Teilen des Donbas gab es den letzten Jahren viele Informationswellen über die zahlreiche Aufstockung des russischen Militärs an den ukrainischen Grenzen. Diese Informationen werden von Zeit zu Zeit ans Tageslicht gebracht, wonach sie wieder im globalen Informationsraum verschwinden. Manchmal basieren sie auf realen Bedrohungen seitens Russland, manchmal erweisen sie sich lediglich als gezielte informationelle und psychologische Eingriffe, um eine instabile Situation in der Ukraine zu schaffen und die europäische und euro-atlantische Solidarität ins Schwanken zu bringen.





**MYKHAJLO SAMUS**  
**DIREKTOR, NEW**  
**GEOPOLITICS RESEARCH**  
**NETWORK**

Doch im Gegensatz zu den schwankenden Informationswellen ist die reale militärische Bedrohung durch Russland seit 2014 konstant hoch geblieben. Darüber hinaus hat der Kreml seit 2017, nachdem es neue Militäreinheiten um die Ukraine herum aufgestellt hatte – eine Panzerarmee in der Nähe von Moskau, eine allgemeine Militärrarmee in der Nähe von Woronesch und eine allgemeine Militärrarmee mit Hauptquartier in Nowotscherkask – genügend Truppen vorbereitet, um eine strategische Offensive gegen die Ukraine sowie gegen Polen und die baltischen Staaten durchzuführen. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Armee in Nowotscherkask speziell zur Verwaltung und umfassenden Unterstützung der russischen Besatzungstruppen im ukrainischen Donbas aufgestellt wurde. Zu dieser Armee gehören auch die Armeekorps in besetzten Donezk und Luhansk.

Bereits beim gemeinsamen strategischen Militärmanöver "Sapad 2017" hat die neue Gruppierung um die Ukraine herum ihre Fähigkeiten zur Durchführung offensiver Operationen in den o.g.

drei Richtungen getestet. Dabei wurde das belarussische Gebiet für die schnelle Verlegung russischer Truppen in den Operationsschauplatz und die Schaffung eines Aufmarschgebietes für kombinierte Militäroperationen gegen Polen, die baltischen Länder und die Ukraine genutzt. Der jüngste Migrationsangriff aus Belarus auf die EU – ich persönlich habe keine Zweifel daran, dass diese Attacke von Moskau aus geplant und organisiert wurde – wurde nach einem mit "Sapad 2017" ähnlichen Szenario durchgeführt. Dieses zielt auf eine Aggression gegen die baltischen Staaten, Polen (u.a. durch die sog. Suwalki-Lücke) und die Ukraine ab. Auch wurde die russische Militärinfrastruktur um die Ukraine herum ständig verbessert und ausgebaut. An den regelmäßigen Militärübungen nahmen sowohl die in unmittelbarer Nähe der ukrainischen Grenze stationierten Einheiten, als auch die aus weit entfernten Gebieten Russlands teil, was das Offensivpotential in westlicher Richtung wesentlich erhöhte.

Gleichzeitig hat Russland alle Teilstreitkräfte (Seekriegsflotte, Luftstreitkräfte und Heer) auf der besetzten Krym maximal aufgestockt, was derzeit die Vorherrschaft Russlands im Schwarzen Meer sichert, u.a. durch die Erhöhung der Anzahl von Überwasserschiffen und U-Booten, die Einrichtung einer totalen A2AD-Zone (Anti-Access/Area Denial) sowohl im Meer (über und unter Wasser) als auch im Luftraum um die Krym herum, sowie die Stationierung einer Fliegergruppe und moderner Luftverteidigungssysteme auf der besetzten Krym. Die gesamte Raketensalve von U-Booten, Überwasserschiffen und Bodenraketen systemen der russischen Schwarzmeerflotte erreicht derzeit 200 Raketen (darunter

Langstrecken-Marschflugkörper "Caliber"), die nicht nur für die gesamte Ukraine, sondern auch für große Teile Europas eine Gefahr darstellen.

2021 erreichten Russlands Vorbereitungen für eine groß angelegte Offensive gegen die Ukraine ihren Höhepunkt. Im April und Mai führte Russland ungeplante strategische Manöver durch, an denen bis zu 110.000 Soldaten sowohl aus den vor Ort stationierten Truppenteilen als auch aus den weit entfernten Gebieten Russlands teilnahmen. Im September veranstaltete Moskau, u.a. auch auf dem Gebiet von Belarus strategische Übungen "Sapad 2021", die tatsächlich das Ausmaß der Frühjahrs-Manöver wiederholten. Im November begann Russland erneut intensiv zu manövrieren, was von ukrainischen und westlichen Geheimdiensten bemerkt wurde und eine heftige Reaktion in den Medien auslöste.

Die wichtigste Frage, die sich bei dieser Sachlage stellen lässt: Bereitet sich Russland wirklich auf eine groß angelegte Militäroperation gegen die Ukraine vor und wie hoch ist deren Wahrscheinlichkeit anhand verfügbarer Daten aus offenen Quellen?

Nach meiner Einschätzung ist Russland aus rein militärischer Sicht völlig bereit, eine strategische Offensive gegen die Ukraine aus mehreren Richtungen vorzunehmen, sowohl aus Russland als auch aus Belarus, der besetzten Krym, dem besetzten Donbas und Transnistrien (besetzter Teil Moldaus).

Jedoch wird Russland – anders als 2014, als sich die Ukraine in einer schwierigen Situation der "strategischen Verlegenheit" befand, die Systeme der staatlichen und militärischen Verwaltung aus dem Ruder geraten sind und die Kampffähigkeit der Streitkräfte niedrig war – es derzeit schwer haben, seinen Plan erfolgreich umzusetzen. In jedem Fall wird ein groß angelegter militärischer

Konflikt zwischen Russland und der Ukraine unter den gegenwärtigen Umständen katastrophale Folgen, nicht nur für die Ukraine und Europa, sondern auch für Russland selbst haben. Obwohl russische Politiker und Militärs oft unter dem Einfluss von Propagandaeuphorie stehen, hofft man, dass der russische Geheimdienst dem Kreml objektive Informationen über die tatsächliche Bereitschaft der Ukraine zur Abwehr militärischer Angriffe mitteilt.

In dieser Hinsicht ist es annehmbar, dass Russlands ständige Militärmanöver in der Nähe der Ukraine Teil eines umfassenden Plans des Kremls sind. Dieser basiert auf Putins geopolitischen Bemühungen, dass das "neue russische Reich" die Major Power Rolle zurück erlangt und die Führung im neuen sogenannten "Orchester der Nationen" übernimmt. Das Letztere – eine Gruppe führender Länder der Welt – hat über die globale Entwicklung und der Verteilung von Interessensphären zu entscheiden.

Die Bausteine dieser Idee sind neben der militärischen Vorbereitungen in der Nähe der Ukraine auch der Migrationsangriff Russlands auf Europa über Belarus, eine künstliche Energiekrise durch Verringerung russischer Gaslieferungen nach Europa, die Teilnahme an bewaffneten Konflikten im Nahen Osten und in Afrika, ständige Desinformationskampagnen sowie die regelmäßigen Zurschaustellungen der neuesten Militärtechnologien, die die Sicherheit der Vereinigten Staaten und anderer NATO-Staaten bedrohen könnten. Unter anderem geht es um die jüngste demonstrative Zerstörung des Satelliten durch ein neues Raketen- und Antisatellensystem.

Taktische Aufgaben dieser komplexen hybriden Offensive könnten darin bestehen, die Zustimmung des US-Präsidenten für ein weiteres Treffen mit Putin einzuholen, um neue Zugeständnisse auf internationaler Ebene auszuhandeln, u.a. die schnellstmögliche Inbetriebnahme der Pipeline Nord Stream 2, die Erzwingung der Ukraine, sich an die Minsker Abkommen nach der russischen Auslegung zu halten sowie den endgültigen "Anschluss" von Belarus.

Mögliche strategische Ziele eines systemumfassenden Angriffs Russlands sind: Geopolitischer Durchbruch bis hin zum „Orchester der Nationen“, Erlangung voller Kontrolle über den postsovjetschen Raum, die sogenannte „Finnisierung“ der Ukraine (d. h. offizielle Neutralitätserklärung der Ukraine, Verbot der NATO-Mitgliedschaft und Hemmung des EU-Beitritts), Sicherung der langfristigen Dominanz auf dem europäischen Energiemarkt sowie die Verankerung in den Interessengebieten Russlands (Afrika, Naher Osten). Tatsächlich geht es um den Traum Putins, sich für "die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts – den Zusammenbruch der Sowjetunion" zu rächen und die "Weltführerschaft Russlands" wiederherzustellen.

Dabei ist die militärische Präsenz das wichtigste Druckinstrument in dieser hybriden geopolitischen Operation Russlands. Sollte Moskau diese Ziele nicht erreichen können, wird seine Bereitschaft, die Ukraine erneut anzugreifen, immer höher. Zugleich ist die Wahrscheinlichkeit, dass Russland seine Drohungen wahrnimmt, direkt durch die Fähigkeit der Ukraine bedingt, solcher Aggression effektiv entgegenzustehen.

Nach meinen Schätzungen ist derzeit das wahrscheinlichere Szenario, eine schnelle (ich würde sogar sagen, eine Blitz-) Operation mit Luft- und Marinelandungen von der besetzten Krym aus durchzuführen, um Gebiete in der Südukraine zu besetzen und einen Landkorridor von Russland bis zu der Krym zu bilden, die Infrastruktur für die Wasserversorgung der Krym zu besetzen sowie, wenn möglich, den Zugang der Ukraine zum Meer zu sperren.

Eine solche Operation kann nur dann Erfolg haben, wenn die oberste militärische und politische Führung der Ukraine nicht in der Lage sein wird, sofort auf die Aktionen Russlands zu reagieren. Wenn die Ukraine nicht innerhalb von wenigen Stunden nach der Landung eine Verteidigungsoperation als Antwort auf die russische Offensive einleitet, wird Russland schnell die Gebiete erobern und der Ukraine ein Ultimatum stellen: Sollte die Ukraine eine Gegenmaßnahme wagen, wird Moskau einen großangelegten Angriff in alle Richtungen starten.

Aus diesem Grund ist die Widerstandskapazität und die Fähigkeit der ukrainischen Nation, sofort auf den russischen Militärangriff zu reagieren, der Schlüsselaspekt. Die Situation im Februar-März 2014, als der Staat seine Entscheidungsfähigkeit zur Verteidigung und Sicherheit abrupt verlor, war ideal für den Angriff Russlands. Genau diese Situation möchte Russland wiederholen.

Dies wäre zum Beispiel möglich, falls in der Ukraine radikale Proteste ausbrechen (aufgrund der sich verschlechternden sozialen und wirtschaftlichen Lage, einer eskalierenden politischen Konfrontation oder einer gezielten Operation des russischen Geheimdienstes), was dazu führen würde, dass die militärisch-politische Führung ihre Funktionen nicht wahrnehmen kann und die Kontrolle über

den Sicherheits- und Verteidigungssektor verlorengelht. In diesem Fall könnte Russland erneut günstige Bedingungen nutzen und mehrere schnelle taktische Operationen durchführen und dann – je nach Entwicklung der Lage – versuchen, die Besatzungszone mit der parallelen Zerstörung der Ukraine als Staat auszuweiten.

Meine Schlussfolgerung und Prognose für die weitere Entwicklung der Lage ist wie folgt: Russland wird die militärische Bedrohung der Ukraine ständig erhöhen, eine Operation aber nur im Falle einer internen Destabilisierung der Ukraine und der Unfähigkeit des ukrainischen Verteidigungssystems schnell auf die neue Kreml-Aggression zu reagieren, durchführen. Somit ist es wahrscheinlich, dass Russland neben anderen hybriden Mitteln die militärische Bedrohung als Druckinstrument einsetzt.

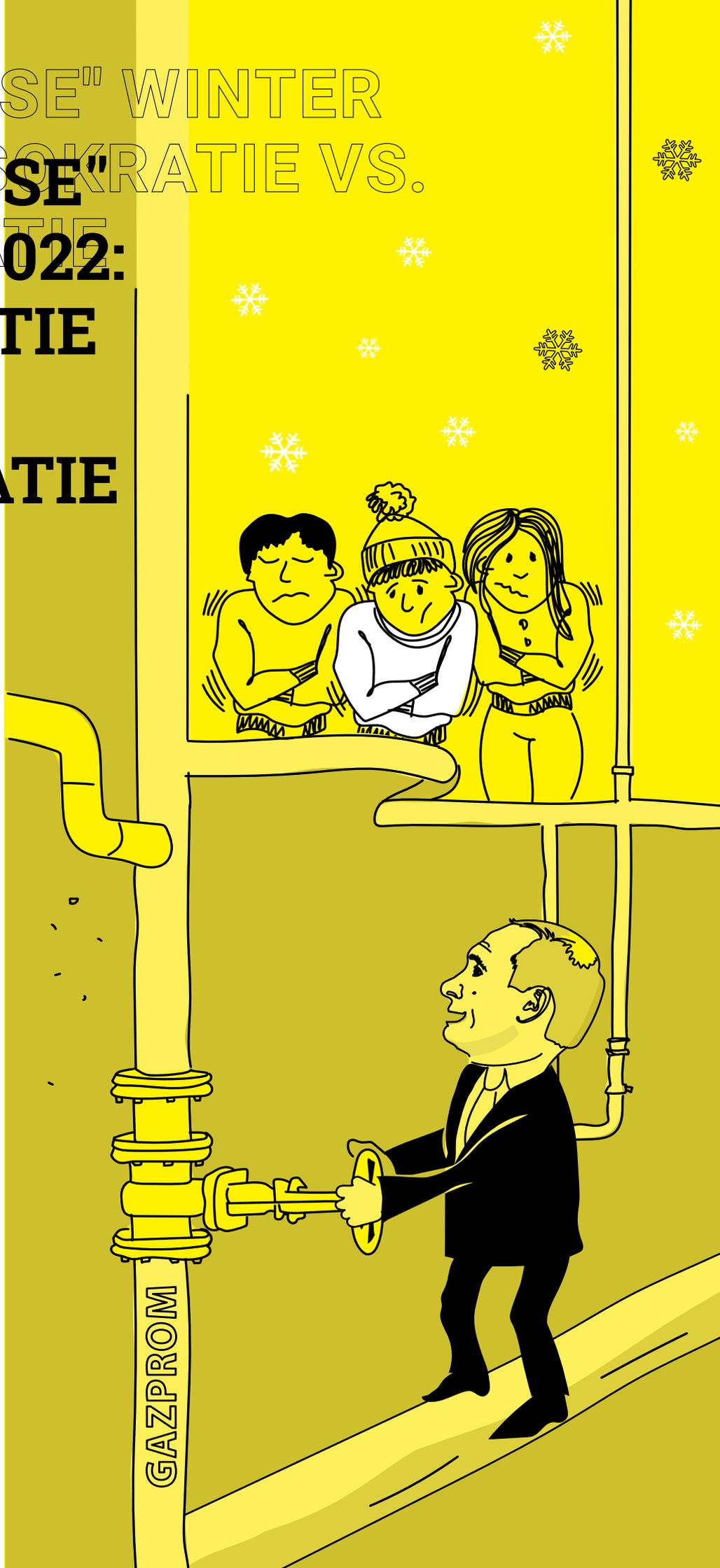
Parallel wird versucht, einen Chaosprozess in der Ukraine in Gang zu setzen, wofür man sich aller politischen, sozialen oder in anderen Bereichen existierenden Probleme und Widersprüche bedient. Wir werden bald sehen, wie erfolgreich diese Strategie sein wird, denn die Zeit spielt nun gegen Russland – die ukrainische Armee wird von Tag zu Tag stärker, und Moskau wird nach einiger Zeit immer weniger über die militärischen Optionen zur Lösung der "Ukrainischen Frage" nachdenken können.



*Meine  
Schlussfolgerung  
und Prognose für die  
weitere Entwicklung  
der Lage ist wie  
folgt: Russland wird  
die militärische  
Bedrohung der  
Ukraine ständig  
erhöhen, eine  
Operation aber nur  
im Falle einer internen  
Destabilisierung  
der Ukraine und  
der Unfähigkeit  
des ukrainischen  
Verteidigungssystems  
schnell auf die neue  
Kreml-Aggression  
zu reagieren,  
durchführen.*

# DER "HEISSE" WINTER 2022: GASOKRATIE VS. DEMOKRATIE: GASOKRATIE VS. DEMOKRATIE

Joe Biden beruft den Demokratie-Gipfel am 9.-10. Dezember ein. Putin demonstriert derweil den Erfolg seiner Gasokratie. Nord Stream 2 wurde trotz einer zweijährigen Verzögerung aufgrund der Sanktionen des US-Kongresses, des aktiven Widerstandes aus Polen und der Ukraine sowie Kritik des Europäischen Parlaments fertig gebaut. Russland erhöht nun den Druck auf Deutschland und die EU, um die Pipeline nach den Bedingungen von Gazprom schnellstmöglich in Betrieb zu setzen. Der gaspolitische Druck aus Europa wächst gleichzeitig mit der militärischen Bedrohung. Russland hat schon längst das Kriegsbeil ausgegraben, obwohl die Machthaber in Berlin dies lieber nicht wahrnehmen wollen.





**MYKHAILO HONTSCHAR,  
PRÄSIDENT,  
CGS STRATEGY XXI**

## Eskalation zwecks Deeskalation

Die Entwicklungen auf dem europäischen Gasmarkt, auf dem Gazprom der dominierende Lieferant ist, müssen weniger angesichts der Marktstrategie, sondern mehr angesichts der Militärstrategie und der hybriden Sonderoperationen des Putin-Regimes bewertet werden. Diese wurden in den letzten sieben Jahren seit Beginn der Aggression gegen die Ukraine auf ein neues Perfektionsniveau gebracht.

Russlands Doktrin, im Westen als "Eskalation zwecks Deeskalation" bekannt, die mit dem begrenzten Einsatz taktischer Nuklearwaffen verbunden ist, wird nun im europäischen Gaseinsatzgebiet in hybrider Form dargestellt.

Nach der für den Kreml vorteilhaften Biden-Merkel-Vereinbarung zu Nord Stream 2 im Juli 2021 erfolgte eine zunehmende Preiseskalation, die Anfang Oktober beim Kassageschäft einen Spitzenwert von 2.000 Dollar pro 1.000 Kubikmeter erreichte. Ende Oktober begann Russland "plötzlich", sich um Europa Sorgen zu machen. Durch westliche Medien wurde die These verbreitet, Russland wolle die Gaspreise in Europa um 60 % senken.

Der Beginn der Phase der Gasdeeskalation erfolgte live im Fernsehen in Form einer öffentlichen Anordnung Putins an den Chef von Gazprom, nach dem 8. November mit dem Pumpen von Gas

in die eigenen unterirdischen Untergrundgasspeicher in Europa zu beginnen. Meiner Meinung nach, sah es schon ziemlich komisch aus. Das war lediglich ein Showeffekt im gesamten Deeskalationsalgorithmus, denn die nächsten Tage zeigten, dass es eine Täuschung war. Die vorhandenen Daten belegten, dass Gazprom die verfügbaren freien Kapazitäten des Gastransportsystems der Ukraine und der Jamal-Europa-Route nicht für Lieferungen in die EU reserviert. Damit wird die saisonal steigende Nachfrage auf dem EU-Markt nicht gedeckt.

Um der europäischen Nachfrage gerecht zu werden, bietet Gazprom eben nicht bloß Preisnachlässe, er schlägt vor, zu der Praxis langfristiger Verträge mit bestimmten Bedingungen zurückzukehren. Tatsächlich ist es ein Mechanismus zur weiteren Markteroberung. Dies geschieht demonstrativ am Beispiel einiger russischer Satellitenstaaten in Europa – Ungarn und Serbien. Sie haben bereits billiges Gas im Rahmen neuer Verträge erhalten, als Gegenleistung dafür, dass sie auf den Transit durch die Ukraine verzichten und auf die Infrastruktur von Turkish Stream umsteigen. Erneut hilft Russland Orbán und Vučić, die bevorstehenden Wahlen zu gewinnen. Im Gegenzug müssen sie die Rolle des "Trojanischen Pferds Russlands" in Europa spielen. Und der Kreml will noch mehr solcher "Trojaner" haben.

Deshalb verhandelt Gazprom mit großen Spielern auf dem EU-Markt – Verbundnetz Gas (Deutschland), ENI (Italien), ENGIE (Frankreich) – über neue langfristige Verträge zu lukrativen Preisen. Dadurch, dass Gazprom europäischen Großkonzernen das Gas billiger als das Kassageschäft anbietet, wird Gazprom seine Präsenz weiter ausbauen, was die Abhängigkeit der EU von Russland – nicht nur im Energiesektor – vertieft wird.

Der Anteil Russlands an den Gasimporten in die EU betrug bereits im ersten Halbjahr 2021 einen Rekordwert von 46,8 %. Nach der Preisdeeskalation und der zeitgleichen Aufzwingung an europäische Kunden neuer langfristiger Verträge mit niedrigeren Preisen könnte sich herausstellen, dass der in die EU importierte Gasanteil von Gazprom weit über 50% reicht.

Zudem steigert Russland rasant seine LNG-Produktion in der Arktis, was mit hohen Methanemissionen verbunden ist und den klimapolitischen Zielen zuwiderläuft. Russlands LNG-Exporte belaufen sich bereits jetzt auf über 30 Millionen Tonnen pro Jahr (42 Mrd. Kubikmeter pro Jahr). Das meiste davon geht auf den EU-Markt. Bis 2030 werden es über 100 Mrd. Kubikmeter sein.

Angesichts des natürlichen Rückgangs der Gasproduktion in Europa, des Mangels an technischen Kapazitäten Norwegens und Algeriens, die Gaslieferungen an die EU in den nächsten 10 Jahren deutlich zu erhöhen sowie der Unsicherheit bezüglich der LNG-Lieferungen aus den USA, wird die Europäische Union extrem abhängig von Russlands Lieferungen sein, mit allen politischen und geopolitischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben.

## Geopolitische Konturen der Gasokratie

Russlands wachsende Abhängigkeit von China und die Verbundenheit der zwei autoritären Regime in Moskau und Peking, sowie geopolitische und geökonomische Expansionspläne führen zu Synergien zwischen diesen beiden Staaten.

Das geopolitische Mindestprogramm besteht darin, Europa im Energiesektor von den USA abzutrennen, sie endgültig auf die Russland-Schiene zu stellen und somit den Transatlantismus zu beenden. Diesen Zielen hat Deutschland während der Merkel-Ära durch die aktive Unterstützung und den Schutz von Nord Stream 2 vehement beigetragen.

Selbst jetzt, wo vielen in Europa und den USA anhand des Beispiels von Moldau und der Ukraine klar wurde, dass Russland Gas als Waffe einsetzt, behauptet Berlin das Gegenteil und droht den USA mit der Abkühlung der Beziehungen, falls die Sanktionen gegen Nord Stream 2 verlängert werden.

Zu berücksichtigen ist dabei auch das neue Gazprom-Megaprojekt "Power of Siberia 2", das Russlands östliche und westliche Gastransportsysteme verbinden wird. Bisher verfügte

Moskau nicht über die technischen Möglichkeiten, die Gasströme von Europa nach China umzuleiten, trotz der ständigen Aussagen der russischen Propaganda über solche Möglichkeiten. Aber sobald die Gasfelder Jamal und Ostsibirien miteinander verbunden sind, wird sich diese Gelegenheit ergeben. Und Russland wird dies voll ausnutzen.

Europa wird einer ständigen Erpressung durch Russland ausgesetzt sein, weil die Exportströme jederzeit nach China umgeleitet werden könnten. Da China der größte ausländische Investor in russische LNG-Projekte in der Arktis ist, wird es im Wesentlichen eine gemeinsame russisch-chinesische Gasdiktatur in Europa sein.

Gelingt es Russland, mit deutscher Hilfe Nord Stream 2 in Betrieb zu nehmen, könnte Moskau zu unerwarteten verdeckten Maßnahmen greifen, um die EU zu zwingen, den Widerstand gegen die russische Gasexpansion einzustellen. Auch muss Europa daran überzeugt werden, dass das russische Gas die einzige mögliche Option ist.

Darunter ist zu verstehen, dass Russland durch heimliche Aktionen, Cyberattacken oder Sabotagen durch das Direktorat für Tiefseeforschung des russischen Verteidigungsministeriums, die Offshore-Gasinfrastruktur in der Nordsee, über den norwegisches Gas in die EU gelangt, funktionsell eingeschränkt oder funktionsunfähig machen kann.

## Das Ultimatum der Gasokratie

Die Gasfront ist nur eine der Fronten der multifrontalen Offensive Russlands im Westen. Es gibt weitere Fronten, an denen sich Putin recht erfolgreich in Richtung Westen bewegt. Neue Fronten wurden im Osten der NATO und der EU, in Belarus, und im Süden im Balkan eröffnet. Der schleichende Anschluss von Belarus mit Hilfe des Minsker Proxy-Regimes, die Eröffnung einer Migrationsfront gegen die EU und die ständige Schwankung in Bosnien und Herzegowina mithilfe serbischer Proxy destabilisiert Europa und verändert die Machtverhältnisse zugunsten Russlands.

Russland wird schon in diesem Winter versuchen, Europa vor eine Wahl zu stellen. Das Endergebnis ist die maximale Unterstützung seitens Moskau bei der Lösung der Energie- und Klimaprobleme Europas durch eine neue Politik der "Entspannung" sowie die Rückkehr zum Geist von Helsinki. Im Gegenzug möchte Moskau die Zustimmung zur Annexion von Belarus, die Auflösung der Souveränität der Ukraine, die Anerkennung der Zugehörigkeit der Krym zu Russland, die Beendigung der NATO- und EU-Erweiterung sowie Aufhebung von Sanktionen.

Das passt sehr gut zu "Jalta-2", was der Kreml noch 2014 schnell umsetzen wollte. Das Putin-Regime verheimlicht nicht mehr seine Absichten. Der führende Ideologe des Putinismus, Wladislaw Surkow, weist offen darauf hin, dass "eine weitere Aufteilung der Einflusssphären notwendig ist... Und es wird – früher oder später, formell oder informell, heimlich oder offen – definitiv stattfinden".

2022 ist für Russland ein bedeutendes Jahr – das 100. Jahrestag der Gründung der UdSSR, deren Zusammenbruch Putin als die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnete. Offensichtlich will er eine Reinkarnation der UdSSR in einer neuen Form. Die Ukraine mit ihrer wiederbelebten Staatlichkeit und den demokratischen – wenn auch etwas unvollkommenen – Verhältnissen steht dem im Wege. Die Umwandlung der Ukraine in einen blockfreien (kon-) föderativen (Quasi-) Staat als Mitglied einer neuen Union mit Russland, Ukraine und Belarus – das ist das Ziel der Putin-Regime für 2022.

In der Praxis bedeutet dies die Zerstörung der Ukraine. Entweder durch Energieerpressung und Blockade oder durch den Zwang zur Kapitulation. Wenn dies nicht klappen sollte, dann durch separate Vereinbarungen mit den USA über das Aufgeben der Ukraine aufgrund vom "Minsker Zwang" und mit stillschweigender Zustimmung des gasarmen Europas. Sollte auch dies fehlschlagen, dann greift man zu einer bewaffneten Intervention, womöglich getarnt als Friedensmission.

Stellen wir Russlands Vorbereitungen im Gas-, Militär- und Politikbereich zusammen, kann die Botschaft des Kremls an den Westen wie folgt entschlüsselt werden: „Wir bereiten uns darauf vor, die verlorenen Territorien Russlands wieder einzusammeln. Die Ukraine ist nicht euer Krieg. Schaut nur zu. Ihr könnt gerne besorgt sein. Aber ihr sollt nicht eingreifen, sonst geht euch das Benzin aus oder es wird knapp und sehr teuer. Ihr habt bereits gesehen, wie wir dies tun können. Aber wir werden dafür sorgen, dass es in Europa warm und komfortabel bleibt. Wir sind sogar bereit, nach der Inbetriebsetzung von Nord Stream 2 mehr zu leisten. Legt uns keine Hindernisse in den Weg. Die USA und Biden werden euch nicht helfen. Seid pragmatisch. Russisches Gas im europäischen Haus ist besser als amerikanisches LNG mit ihrem Demokratie-Gipfel.“

Das Einstellen von Nord Stream 2 mit den härtesten US-Sanktionen wird Russland nicht dazu bewegen, seine aggressive Politik aufzugeben, aber es wird seine weitere Expansion verlangsamen, da dadurch die transatlantische Solidarität und die Führungsrolle der USA nicht nur auf dem Demokratie-Gipfel zur Erscheinung kommt. In diesem Winter wird auch die Transatlantische LNG-Brücke in Form von LNG-Lieferungen nach Europa benötigt. Sonst wird die EU nicht überstehen können und die einzelnen Mitgliedsstaaten werden vor der Gasokratie des Kremls kapitulieren. Das Schicksal Europas und der transatlantischen Welt liegt nun wieder in den Händen der Vereinigten Staaten und des nicht zerstückelten Teils der europäischen politischen Szene. Der kalte Winter 2022 hat alle Gründe, heiß zu werden und ist prägend für den Kampf der korrupten aggressiven Gasokratie Putins einerseits und einer gespaltenen westlichen Demokratie andererseits. Solidarität mit der Ukraine tut nicht nur der Ukraine zugute, sie ist in erster Linie ein Test für die Vereinigten Staaten und Europa, ob sie ihre eigenen Prinzipien verteidigen können.



UKRAINISCHE  
FREIE UNIVERSITÄT



# БУДУЙ СВОЄ ЄВРОПЕЙСЬКЕ МАЙБУТНЄ:

вступай в єдиний  
українськомовний  
університет в Європі.

## УНІВЕРСИТЕТ

UKRAINISCHE FREIE UNIVERSITÄT  
Barellistr. 9a  
80638 München  
Deutschland

## СЕКРЕТАРИАТ

+49 (0) 89- 9973883-0  
sekretariat@ufu-muenchen.de  
www.ufu-muenchen.de

1922-2022



**PUTIN KANN  
DIE GESAMTE  
UKRAINE  
BEANSPRUCHEN  
– INTERVIEW MIT  
ARMEEGANRAL**

PUTIN KANN DIE  
GESAMTE UKRAINE  
BEANSPRUCHEN  
– INTERVIEW MIT  
ARMEEGANRAL

**INTERVIEW**



**KATERYNA BRATKO,  
FREIE JOURNALISTIN,  
BEOBACHTERIN,  
INTERVIEWERIN MIT  
ÜBER 15 JAHREN  
ERFAHRUNG IM  
JOURNALISMUS.  
KOMPETENZBEREICH:  
INTERVIEWS MIT  
POLITIKERN,  
HOCHRANGIGEN  
BEAMTEN,  
MEINUNGSLEITERN,  
EXPERTEN, SPORTLERN**

**2014** begann für die Ukraine eine neue Ära des Kampfes für die Unabhängigkeit. Die Ukrainer mussten mit Waffen in der Hand ihre Territorien zurückerobern, sowie für das Recht auf ein unabhängiges Leben und eine Zukunft mit der Europäischen Union kämpfen. Die letzten Tage sind für unser Land äußerst angespannt: Russland erwägt laut Geheimdienstquellen verschiedener Länder das Szenario einer schnellen großangelegten Offensive gegen die Ukraine in mehreren Territorien.

Ehemaliger Leiter des Auslandsgeheimdienstes der Ukraine, General der ukrainischen Armee, Berater des Präsidenten (2010-2014) Mykola Malomuzh nahm mehrmals an Gesprächen mit Putin teil. Im Interview mit Kateryna Bratko erzählte er, wie man die Position der Ukraine in schwierigen und angespannten Situationen richtig und überzeugend verteidigen soll.

**Herr Malomuzh, neulich schrieb Bloomberg, der seine eigenen Quellen zitierte, über die Aufstockung russischer Truppen und Artillerie für eine schnelle Invasion der Ukraine von verschiedenen Standorten aus. Warum unternimmt der Kreml Ihrer Meinung nach solche Schritte?**

Jetzt hat der Kreml eine neue strategische Position gewählt, dass er heute ein mächtiger Weltakteur ist. Ihm zufolge glaubt Russland, das Recht zu haben, bestimmte Territorien zu kontrollieren – die Ukraine, Belarus und die anderen GUS-Staaten sowie den Nahen Osten wie Syrien und den Irak. Das heißt, Russland und Putin versuchen heute, das Machtmodell wiederherzustellen, das unter der UdSSR existierte. Daher sollten die Länder, die nach der Aussicht von Kreml der Union angehörten, unter seiner Kontrolle sein.

**Aber die Ukraine entschied sich für die europäische Integration, was auch präzise in der ukrainischen Verfassung verankert ist, aber keinesfalls für eine Rückkehr in die UdSSR?**

Laut Russland müssen die Vereinigten Staaten, die Europäische Union, die Türkei, China, Japan, Brasilien, die NATO und andere internationale Akteure ihrem Wunsch zustimmen, die Ukraine zu kontrollieren. Um dies zu erreichen, erhöht der Kreml seine militärischen Ressourcen, insbesondere die nuklearen, die nur mit denen der Vereinigten Staaten vergleichbar sind. In dieser Situation setzt Russland voll darauf und zeigt offen ihre Möglichkeiten. Und das nicht nur an der Grenze, sie zeigen gerne ihr starkes militärisches Potential, sie sind bereit für großangelegte Militäraktionen und verfügen über hypernukleare Waffen, die es nur in Russland und den Vereinigten Staaten gibt.



Der Kreml spekuliert über die Verfügbarkeit solcher Waffen und macht vor allem bei Treffen mit Trump, Biden und anderen Weltführern starke Botschaften. Deshalb nehmen die Amerikaner immer Rücksicht auf den Kreml.

Die Russen haben auch viel Einfluss auf die Europäer, insbesondere durch Gas und Öl. Ein strategischer Rohstoff ist Titan. Es wird von Giganten benötigt, u.a. auch von Waffenherstellern. Das heißt, Russland hat eine starke strategische Position. In dieser Situation sehen wir jedoch, wie sehr Russland das Völkerrecht und die Menschenrechte verletzt. Der Kreml geht sehr zynisch gegenüber der Ukraine vor, er führt Militäroperationen durch, annektiert Territorien und so weiter. Russland möchte, dass die USA und die NATO einem gewissen "quo-Status" zustimmen, dass die Krym Russland gehört und dass im Donbas ein Bürgerkrieg herrscht. Generell nutzt der Kreml den Osten der Ukraine, um das Land zu destabilisieren und die Stabilität Europas zu bedrohen. Hierfür werden auch Informationskriege geführt.

### **Russland zeigt gerne seine militärischen Muskeln und somit auch seine Macht.**

Der Kreml arbeitet sehr komplex. Sie passen schon auf, worauf Europa und Amerika scharf reagiert, in erster Linie auf Militäroperationen, deshalb halten sie ihre aktiven militärischen Übungen in Russland, Belarus und auf der Krym ab. Russland ließ bereits im vergangenen Jahr die Muskeln spielen, doch der US-Präsident warnte vor einem solchen Szenario und sprach mit Putin. Gleichzeitig braucht Putin auch solche Gespräche, die für Russland sehr wichtig sind. Ich denke, der Kremlführer zeigt diese Stärke, um dann die Ukraine

und deren Partner, von denen es abhängt, zu zwingen, keine Stellung zur europäischen Integration und zum NATO-Beitritt der Ukraine zu nehmen.

### **Russland möchte nicht, dass die Ukraine sich in Europa integriert. Kann Putin deswegen in einen offenen militärischen Konflikt eintreten?**

Eines der Szenarien Russlands zur Destabilisierung der Lage in der Ukraine ist militärisch. Die russischen Truppen können entweder einen Teil der Ukraine wie den Südosten oder das gesamte Territorium des Landes einnehmen. Dies ist möglich, wenn Russland sieht, dass die Situation in der Ukraine unausgewogen und das Land selber unkontrollierbar ist. In dieser Hinsicht muss die ukrainische politische Führung die Gesellschaft harmonisieren und vereinen. Auch müssen gemeinsam mit europäischen Partnern die Positionen der Ukraine klar verteidigt werden, sowohl die diplomatischen und wirtschaftlichen, als auch diejenigen im Energie-, Finanz- und Verteidigungssektor.

### **Wir sehen, wie Russland die Welt manipuliert und eingefrorene Konflikte auf dem Territorium der Ukraine und Abchasiens schafft. In welchem europäischen Land kann Putin Ihrer Meinung nach den Konflikt eskalieren?**

Im Moment sehe ich, dass Putin durch einen politischen Führungswechsel die gesamte Ukraine beanspruchen kann. Dies ist eines der Szenarien, an denen Russland aktiv arbeitet.

Der Kreml hat schon vor langer Zeit gesagt, dass sie ein Szenario haben, in dem sie nicht nur den Südosten, sondern das Land bis in die Westukraine nach Galizien einnehmen können. Aber die Ukraine hat starke Unterstützung von der NATO und einiger mächtiger Länder in diesem Block. Im Falle einer offenen militärischen Aggression werden sie sich nicht mehr neutral verhalten und sich nicht nur auf die Äußerung ihrer Besorgnis beschränken.

### **Ist die russische Gesellschaft Ihrer Meinung nach mental bereit für einen offenen Krieg mit der Ukraine?**

Der Großteil der russischen Gesellschaft und Vertreter verschiedener Regionen werden über solche Entwicklungen äußerst besorgt sein. Dies wird von den Bürgern negativ wahrgenommen und sie können gegen Putin auftreten, der maximal 56% Unterstützung hat. In Russland ist auch nicht alles ruhig, sowohl in der Politik gibt es viele negative Szenarien, als auch im großen oligarchischen Sektor gibt es viele Unzufriedene.

Immerhin befinden sich große Geldsummen unter der Kontrolle westlicher Geheimdienste und großer Finanzgeheimdienste. Und das sind mehr als 1 Billion 250 Milliarden russisches Geld, das von den Geheimdiensten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und anderer Länder kontrolliert wird. Dies ist ein weiterer Einflusshebel auf Russland, was in den Verhandlungen als ein handfestes Argument verwendet werden kann. Wir müssen zusammen mit unseren europäischen Partnern ein Szenario für die Verteidigung der Ukraine entwickeln. Natürlich ist dabei die Konsolidierung unserer Verbündeten äußerst notwendig.

Sie können Putin sogar Szenarien vorgeben, um aus der aktuellen Situation herauszukommen, in solchen Szenarien werden die



Interessen der Ukraine in erster Linie berücksichtigt. Dies wird zum Teil mit den Interessen Russlands übereinstimmen, denn man muss explizit vermitteln, dass ein Krieg eine desaströse Situation für alle Beteiligten sein wird.

**Sie haben bereits ein sehr wirksames Instrument Russlands wie Informationskriege erwähnt. Gerade diese Truppen bereiten moralisch die Gesellschaft, insbesondere die europäische Gesellschaft, auf die illegalen Aktionen des Kremls vor.**

Erstens verfügt Russland über ein äußerst leistungsfähiges Modell der hybriden Informationskriegsführung. Russische Informationstruppen haben eine Angriffsposition gewählt. Ihr Konzept ist zu kämpfen und dabei alle anderen Länder zu beschuldigen, Russland gegenüber aggressiv zu sein. Obwohl es keine solche Aggression gibt. Aber der Kreml verwendet dieses Paradigma und beschuldigt alle außer sich selbst.

Wir und Europäer haben den Standpunkt gewählt, dass Informationsressourcen die Beratungen über eine friedliche Welt und nicht über Krieg hervorheben sollen.

**Aber warum kann die Ukraine und Europa diesen Informationskriegen nicht widerstehen?**

Russland finanziert ihre Informationsressourcen viel besser als die Europäer das tun. Niemand in Europa investiert öffentliche Mittel in informationelle propagandistische Kampagnen, insbesondere gegen andere Länder. Aber Russland tut das. Sie haben eine mächtige Ressource auf Kosten von Öldollars, Gasschemas, Mineralien und so weiter. Es sind alles Millionen von Dollars.

Alle russischen Medien werden von riesigen Konzernen finanziert. Zum Beispiel von Rosneft, Gazprom. Gegen solche Wettbewerber ist es äußerst schwierig, einen Krieg zu gewinnen. Russland "überschwemmt" Europa

und auch andere Länder mit den Informationen, die für Moscow vorteilhaft sind. Zum Beispiel war ich vor kurzem in Frankreich und Deutschland, dort gibt es keine ukrainischen TV-Kanäle zu sehen, dafür aber gleich drei russische. Tatsächlich ist die ukrainische Position in diesen Ländern nicht vertreten.

Die enormen finanziellen und informationellen Anstrengungen, sowie die Arbeit der russischen Geheimdienste, die u.a. gute Erfahrungen in der Führung der Informationskriege haben, führen zum entsprechenden Ergebnis.

Die Russen nutzen nicht nur ihre eigenen Informationsressourcen, sondern gründen auch neue, wo ausländisches Kapital miteinbezogen ist. Es sind manchmal sogar demokratische Ressourcen, aber sie bilden eine unterstützende Position für den Kreml. Dabei wird Russland nicht als ein Aggressor vorgestellt, sondern als ein Land, das bereit ist, konstruktive Maßnahmen zu ergreifen. Es ist daher sehr schwer, diesem zu widerstehen, aber es ist notwendig!



# ARGUMENTE DAFÜR UND DAGEGEN: BEREITET RUSSLAND WIRKLICH EINE INVASION DER UKRAINE VOR?

**D**ie erste ernsthafte Aufstockung russischer Truppen an der Ostgrenze der Ukraine fand im März 2014 statt. "Aufgrund der Destabilisierung in der Ukraine" führte die Russische Föderation gleichzeitig mit der Besetzung der Krym dringende Übungen in den Regionen Kursk, Belgorod, Rostow und Brjansk durch. Nach diesen Manövern in den an die Ukraine angrenzenden Regionen fand die Entkonservierung der seit Sowjetzeiten aufgegebenen Militärstützpunkten statt. So begann das Kontingent an der potentiellen "Ukrainischen Front" zu wachsen, es wurden drei neue motorisierte Infanterie-Divisionen mit einem festen Standort in der Nähe der Ukraine in drei Grenzregionen eingerichtet. Im Sommer 2014 wurden diese Truppen bei den Kämpfen im Donbas teilweise eingesetzt, ihr Militärdepot wurde zur Ressource für den sogenannten bewaffneten Rebellen der sogenannten Republiken.

Sowohl 2014 als auch in allen folgenden Jahren warnten die Geheimdienste der NATO und der Ukraine vor einer möglichen russischen Invasion der Territorien außerhalb der Donbas-Region. Es wurden verschiedene Angriffsrichtungen genannt. Die erste: der südliche "Korridor" von Mariupol bis nach Odessa, der der Ukraine den Zugang zum Meer verwehrt und somit das Problem der Trinkwasser-

versorgung der Krym lösen wird. Die zweite: eine Kampagne in den Städten Charkiw, Dnipro und Saporischschja, die der Ukraine einen erheblichen Teil des wissenschaftlichen und industriellen Potentials wegnehmen würde. Und schließlich die Invasion aus der nördlichen Richtung, seitens Tschernihiw (und auch aus Belarus) – der kürzeste Weg nach Kyjiw. Dadurch könnte man schnell, wenn nicht die gesamte, dann zumindest die sog. linksufrige Ukraine besetzen und somit auf die Ausgangspositionen der Karte des XVIII. Jahrhunderts zurückkehren.

Laut Generalleutnant Mykhajlo Sabrodskyi, den ehemaligen Kommandeur der Luftsturmtruppen und derzeitigen Parlamentsmitglied der Ukraine von der Partei "Europäische Solidarität", sind für einen modernen Krieg vier Bestandteile wichtig: informationeller, politischer, wirtschaftlicher und militärischer. Betrachtet man die aktuelle Lage an der russisch-ukrainischen Grenze, sind in erster Linie zwei Komponente bereits vorhanden – die militärische (Anhäufung von Truppen) und die informationelle.

Nach dem Sieg von Wolodymyr Selenskyi bei den Präsidentschaftswahlen verzeichneten russische Fernsehsender einen leichten Rückgang der Propaganda, doch seit er sich von der pazifistischen Rhetorik abwendete, wurden die Rufe nach einer "Befreiung der Ukraine vom faschistischen Re-



**STEPAN NASARENKO,  
UKRAINISCHER  
JOURNALIST,  
PUBLIZIST**

gime" wieder lauter. Wenn man sich einige der beliebtesten russischen TV-Shows mit einer sehr hohen Einschaltquote ansieht, so besteht kein Zweifel, dass die russischen Bürger moralisch auf die Notwendigkeit eines Krieges gegen die Ukraine vorbereitet werden. Die Motive bleiben unverändert: die NATO-Erweiterung zu verhindern, die russischsprachige Bevölkerung zu schützen und die historische Gerechtigkeit eines "einheitlichen Volkes" wiederherzustellen. Stellen wir uns vor, morgen bekämen die russischen Truppen das Befehl, die ukrainische Grenze zu überschreiten, so wird zweifelsohne die öffentliche Meinung in Russland dazu bereit sein und die Mehrheit der Bevölkerung einer solchen Ent-

scheidung zustimmen, wie es bei der Besetzung der Krym 2014 oder beim Krieg gegen Georgien 2008 der Fall war.

Was die eigentliche militärische Komponente betrifft, so liegt die Anzahl der nahe der ukrainischen Grenzen stationierten russischen Truppen bei etwa 100 Tausend Personen. Dies ist ungefähr die gleiche Anzahl, die im April 2021 während der Verschärfung der Lage zusammengezogen wurde. Damals wie heute sind die Erklärungen seitens Moskau dieselben: Wir verlegen unsere Truppen auf unserem Territorium, wie wir es für richtig halten, und wir bereiten keine Invasion der Ukraine vor. Solche Zusicherungen sind nicht beruhigend. Westliche Geheimdienste, unabhängige analytische Zentren und Medien haben wiederholt vor einer möglichen neuen russischen Aggressionswelle gegen die Ukraine gewarnt. Eine aktuelle Studie des Conflict Intelligence Team ergab, dass Russland diesmal ihre Truppen langsam, aber verdeckt zusammenzieht (die meisten Truppenverlegungen finden in der Nacht statt), und die stattfindende Aufrüstung ist schwer mit der Aufrüstung der ausschließlich dort stationierter Truppen zu erklären. Analytikern zufolge kann Russland Anfang nächsten Jahres eine ausreichende Truppenzahl an den ukrainischen Grenzen für eine Invasion ansammeln.

Kyrylo Budanow, Leiter der Hauptnachrichtendienststelle des Verteidigungsministeriums der Ukraine, teilt die gleiche Meinung. Nach seinen Schätzungen könnte Russland im Januar-Februar 2022 in die Offensive gehen. Bis dahin wird die militärische Komponente bereit sein. "Russland bereitet einen Angriff vor, dem eine Reihe psychologischer Schritte vorausgehen. Diese sind bereits im Gange, um die Ukraine zu destabilisieren und ihre Verteidigungsfähigkeit zu schwächen, unter anderem die Proteste der Impfgegner und die Wagner-Affäre. Sie wollen Unru-

hen durch Proteste und Kundgebungen aufputschen, was zeigen soll, dass die Bevölkerung gegen die Regierung auftritt", sagte Budanow in einem Interview für Military Times.

Für eine Invasion ist eine ausreichende Truppenzahl – in diesem Sinne hat Russland immer einen erheblichen Vorteil – nicht genügend. Wichtig ist der casus belli selbst – der Vorwand für einen Krieg. Russische hochrangige Politiker auf dem Niveau des Außenministers Sergej Lawrow und auf den unterstehenden Ebenen wiederholen oft die These von "NATO-Provokationen" in der Ukraine. Damit meint der Kreml gemeinsame Übungen auf dem Schwarzen Meer oder den Einsatz von Bayraktar-Drohnen durch das ukrainische Militär.

Daraus folgt, dass alle gemeinsamen Manöver, der Erhalt und der Einsatz von Ausrüstung "made in NATO-Staaten" von Russland als "Aggression des Westens" angesehen werden kann, wodurch die Invasion als die "Verhinderung von heimtückischen Plänen der NATO" bedingt wird. Tatsächlich war dies in der jüngeren sowjetischen Geschichte der Fall: Die Truppenverlegung nach Afghanistan im Jahre 1979 wurde mit der Notwendigkeit begründet, "den Amerikanern voraus zu sein". Ein überzeugenderes Argument für eine neue Phase des Krieges könnte doch die eigentliche Destabilisierung innerhalb der Ukraine sein, von der Kyrylo Budanow spricht. Schwere Straßenunruhen können einen bequemen Informationsvorwand schaffen: In der Ukraine findet eine weitere politische Krise statt, und Moskau muss sie "retten". Jedoch sind Proteste oder der "Wagnergate" immer noch keine ausreichenden Gründe für eine Invasion. Auch ausgewachsene separatistische Aufstände nach dem Modell von 2014 sind unwahrscheinlich, da die ukrainischen Sicherheitsdienste gelernt haben, diesen Szenarien bereits im Keim ersticken zu lassen.

Das wirtschaftliche Argument für eine Aggression könnte darin begründet sein, dass das ukrainische Gastransportsystem keine strategische Rolle mehr für Russlands Energieexporte spielt. Dies beseitigt ein weiteres Hindernis für eine Invasion. Die Gaspipeline Nord Stream-2 wurde noch nicht in Betrieb genommen. Es ist unwahrscheinlich, dass eine militärische Aggression gegen die Ukraine den Start dieses Projekts beschleunigt, daher könnte die Ansammlung von Truppen nur ein "Muskelspiel" bei den Aushandlungen des Gasexports nach Europa sein.

Somit kann man feststellen, dass von den vier für die russische Invasion notwendigen Komponenten derzeit nur zwei am meisten vorhanden sind: die militärische und die informationelle. Der politische und wirtschaftliche Bestandteil sind noch unzureichend. Gleichzeitig ist die Aufstockung der Truppen und der Ausrüstung an der ukrainischen Grenze auch ein Test der Hilfsbereitschaft ukrainischer Partner im Falle einer russischen Aggression. Die Reaktion der USA, Kanadas und des Vereinigten Königreichs zeigte, dass diese Länder seit 2014 entsprechende Schlussfolgerungen gezogen haben und bereit sind, entschlossener zu handeln und die Verteidigungsfähigkeiten der Ukraine zu stärken. Paris und Berlin bleiben in ihren Einschätzungen und Handlungen gemäßiger, sprechen aber auch von der Unzulässigkeit weiterer Aggressionen und von neuen Sanktionen, falls diese zunehmen sollten.

Sollte sich die Anhäufung russischer Truppen als ein weiteres "Nervenspiel" und eine Mobilisierungsmaßnahme des einsatzstarken Kampfbestandes der Armee herausstellen, wird dies eine weitere Etappe des neuen Kalten Krieges sein, der gelegentlich von wenig intensiven Provokationen und Konflikte begleitet sein kann, wie es bei den aktuellen Kampfhandlungen im Donbas der Fall ist.

PLAN ODER  
ZUFALL?

**PLAN ODER  
ZUFALL?**

PLAN ODER  
ZUFALL?



Jeder, der die Ansichten und Handlungen der russischen Regierung nicht unterstützt, wird von Russland als Staatsfeind angesehen. Der Kreml ist dafür bekannt, die Ermordung von Journalisten, Geschäftsleuten und Aktivisten, die sich gegen die russische Regierung aussprechen, zu unterstützen. Wenn Russland schon mit seinen eigenen Bürgern so umgeht, wer würde dann für Moskau im Falle einer Invasion der Ukraine nicht als Feind gelten? Und was würde mit jenen in der Ukraine passieren, die womöglich schon vom Kreml als "Feind" identifiziert wurden?

Neulich erinnerte die Organisation **StopFake** in einer ihrer Sendungen daran, dass Putin im Donbas die "ukrainische Srebrenica" veranlassen könnte. "Der Kreml hat eine Suche nach getöteten Zivilisten organisiert, um das Thema der "ethnischen Säuberungen" hervorzuheben", betonte man bei StopFake [1].

2014 sollte der sogenannte lettische Menschenrechtsaktivist Einars Graudins einer OSZE-Gruppe ein Massengrab mit 400 Zivilisten und Rebellen aus Donezk, die angeblich von ukrainischen Soldaten getötet wurden, gezeigt haben [2]. Der Kreml benutzte diese falsche Geschichte sehr breit in seiner Propaganda, um die Ukrainer zu dämonisieren. Dmitri Peskow sagte im April 2021, dass "im Donbas eine Situation ähnlich der Tragödie im bosnischen Srebrenica droht."

In den Jahren 2017 und 2019 erklärte der Kreml, dass die Kontrolle über die Grenzen an die

Ukraine nicht zurückgegeben werden darf, damit Kyjiw keine ethnischen Säuberungen im Donbas durchführt [3].

Es ist jedoch der Kreml, der sich zu Massenbestattungen in Massengräbern vorbereitet.

Am 13. September 2021 wurde der GOST (staatlicher Standard) 42.7.01-2021 "Zivilverteidigung. Sofortige Bestattung von Leichen zu Kriegs- und Friedenszeiten" eingeführt. Dieser GOST soll am 1. Februar 2022 [4] (einigen Angaben zufolge schon am 2. Januar 2022)[5] in Kraft treten. Interessanterweise ist dies nicht das erste Dokument, in dem beschrieben wird, wie man Massengräber organisiert. Zum Beispiel wurde am 31. März 2021 die Verordnung № 0495/18-03 des Tschechowsky Stadtbezirkes der Moskauer Oblast über die Organisation der dringenden Bestattung von Leichen zu Kriegszeiten und bei großen Ausnahmeständen erlassen. Darüber hinaus wurde auf der Krym eine Verordnung über die dringende Bestattung von Leichen zu Kriegszeiten auf dem Gebiet der Siedlung Worobjow des Saki Bezirks erlassen. Anhand dieser Beschlüsse wurden spezielle Bestattungsgremien zusammengestellt.[6]

Entscheidend ist aber die Tatsache, dass nachdem solche Gremien geschaffen und erste Schritte zur praktischen Umsetzung von Massenbestattungen in einigen Städten unternommen

wurden, der gesamtrossische Standard eingeführt wird. Man könnte davon ausgehen, dass die Corona-Pandemie den Kreml zu solchen Entscheidungen veranlasste. Aber die Pandemie wütet bereits seit zwei Jahre, und Massengräber sollte es diesbezüglich nicht geben.

Worauf also bereitet sich der Kreml genau vor?

[1] <https://twitter.com/StopFakingNews/status/1464670358657650697>

[2] <https://maxpark.com/community/5512/content/3020837>

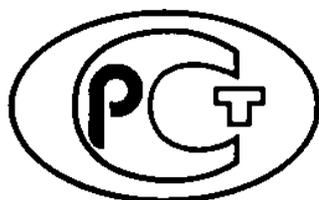
[3] <https://ria.ru/20210409/donbass-1727519101.html>

[4] <https://www.mchs.gov.ru/uploads/document/2021-11-24/e0da15f4ca7e5cf789ccdb0ca7fb4952.pdf>

[5] [https://allgosts.ru/13/200/gost\\_r\\_42.7.01-2021](https://allgosts.ru/13/200/gost_r_42.7.01-2021)

[6] [https://rk.gov.ru/file/pub/pub\\_320474.pdf?1.0.41](https://rk.gov.ru/file/pub/pub_320474.pdf?1.0.41)

ФЕДЕРАЛЬНОЕ АГЕНТСТВО  
ПО ТЕХНИЧЕСКОМУ РЕГУЛИРОВАНИЮ И МЕТРОЛОГИИ



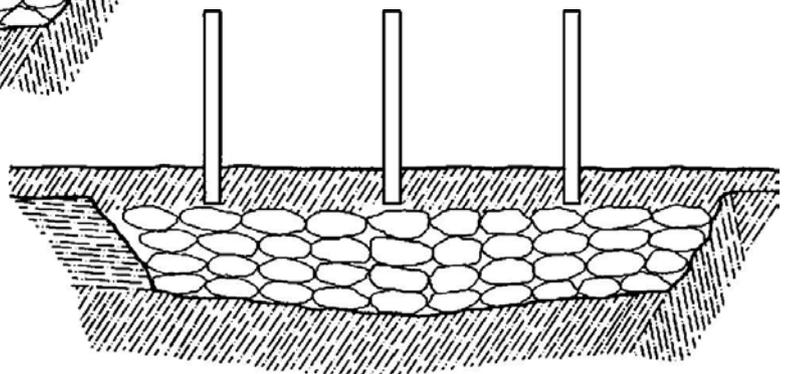
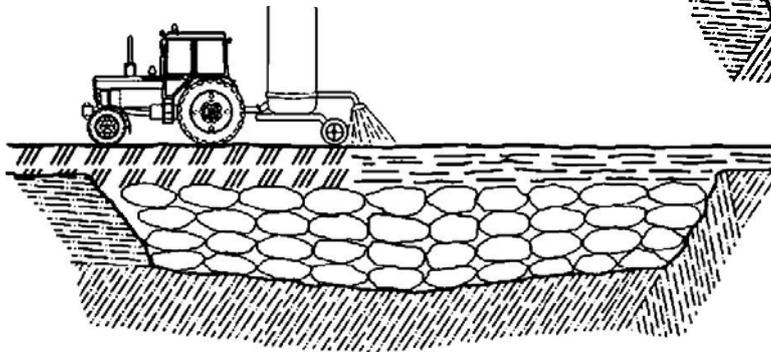
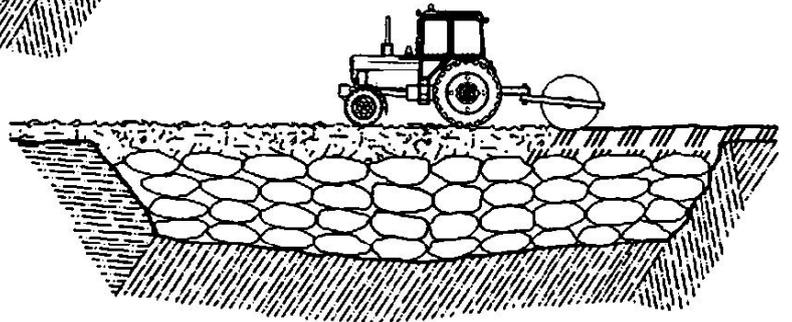
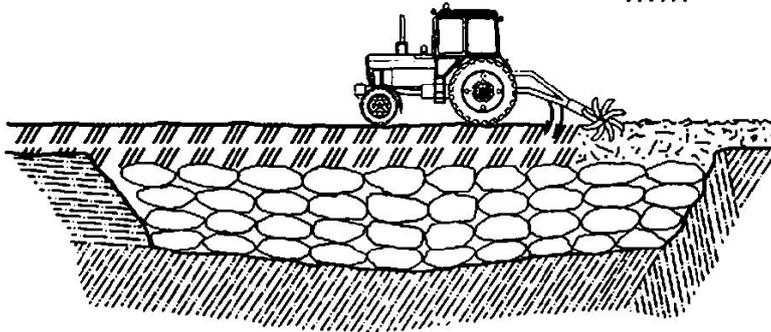
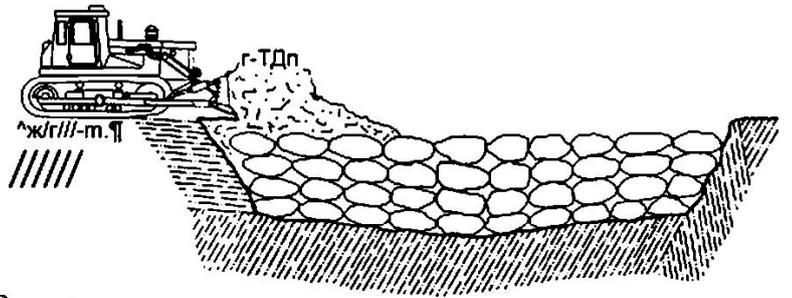
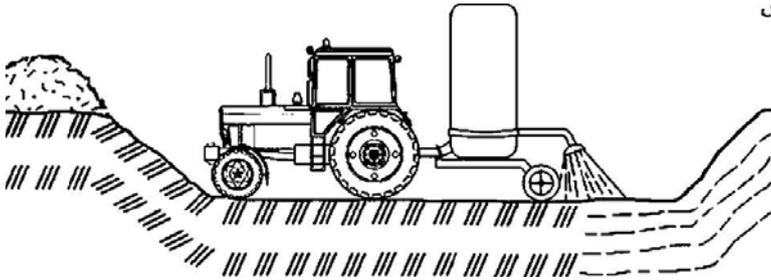
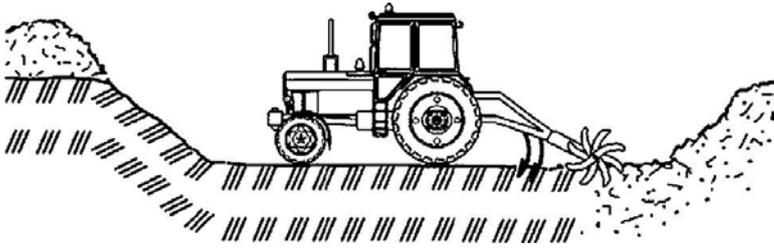
НАЦИОНАЛЬНЫЙ  
СТАНДАРТ  
РОССИЙСКОЙ  
ФЕДЕРАЦИИ

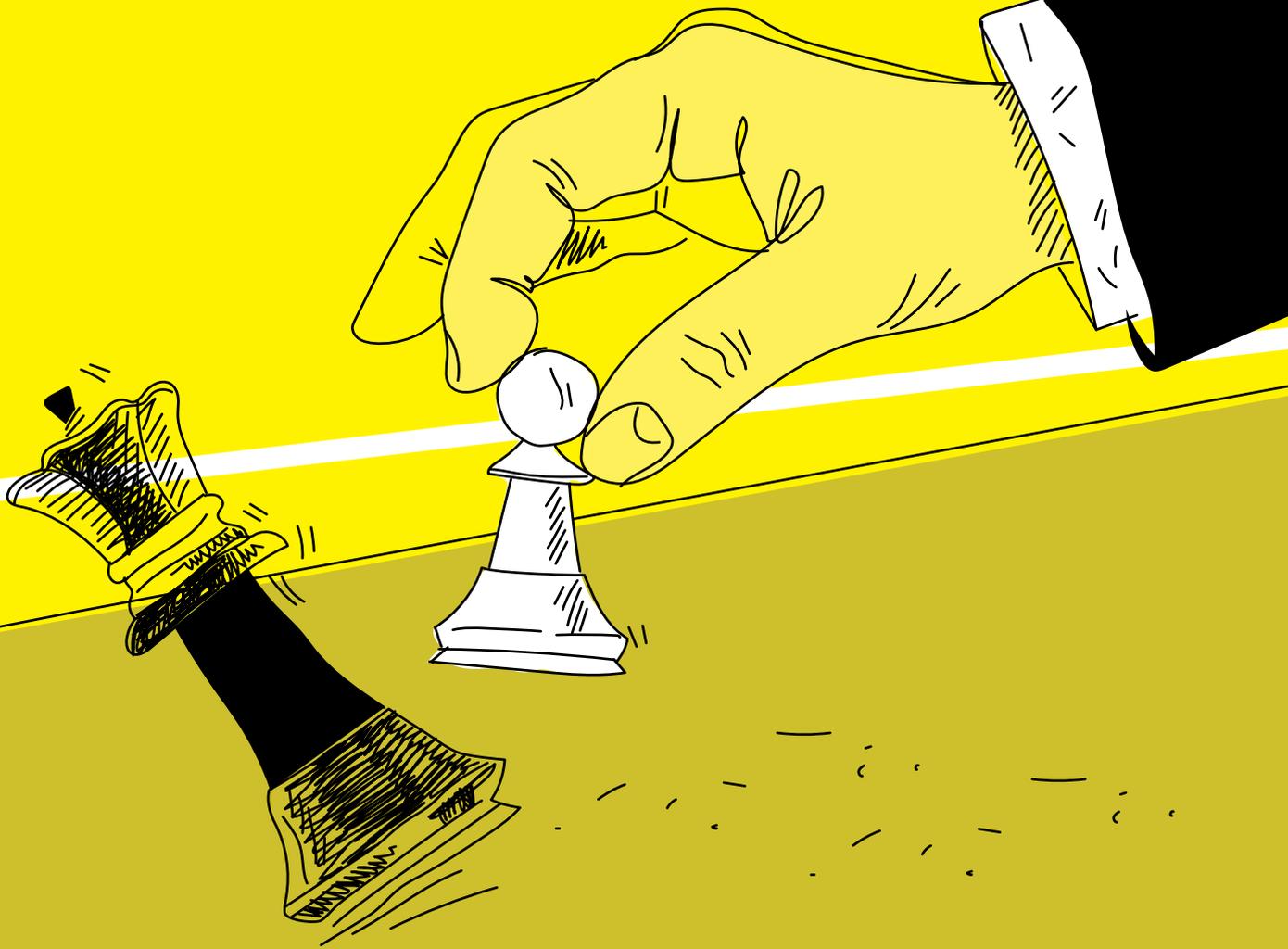
ГОСТР  
42.7.01—  
2021

Гражданская оборона  
**ЗАХОРОНЕНИЕ СРОЧНОЕ ТРУПОВ  
В ВОЕННОЕ И МИРНОЕ ВРЕМЯ**  
Общие требования

Издание официальное

Москва  
Российский институт стандартизации  
2021





# SIMULTANSCHACHSPIEL SIMULTANSCHACHSPIEL

**OLEKSANDR KRAIEV,  
DIREKTOR DES  
NORDAMERIKA-  
PROGRAMMS "RAT  
FÜR AUßENPOLITIK  
"UKRAINISCHES  
PRISMA"**



**D**ie Russische Föderation übt weiterhin Druck auf die Ukraine und den Westen aus. Ihre Ziele sind seit langem bekannt – einen bequemen und nur für sie verständlichen Zustand des kontrollierten Chaos zu schaffen. Und obwohl wir die Ziele verstehen, versuchen wir immer noch, Moskaus Strategie "abzulesen" und das Wichtigste zu verstehen: Wie kann man effektiv auf diese neue Realität der Konfrontation reagieren?

## Schachspiel mit neuen Regeln

Seit dem Mittelalter ist es angebracht, politische und militärische Strategien mit Schachspiel zu vergleichen. Damals könnte man wirklich viele Gemeinsamkeiten finden – langsame Bewegungen, ein gemeinsames Regelwerk für die Spieler, ein offenes Schlachtfeld. Schach ahmte natürlich einen solchen Vergleich nach und übernahm in den Bezeichnungen der Figuren die mittelalterlichen Ritter, Bischöfe, Könige und Königinnen.

Aber sowohl die Technologie als auch die Politik haben seit damals einige Veränderungen erfahren. Wollen wir heute der Analogie zum Schach folgen, müssen wir die Politik als Simultanschach betrachten. Die Schachbretter liegen nicht nur vor den internationalen Großmeistern auf dem Tisch, sondern sind auch in allen möglichen – wie echten so auch fiktiven – Ebenen platziert. Wenn wir über das Spiel gegen Moskau sprechen, so beginnt der Kreml, während wir noch über unseren nächsten Schachzug nachdenken, Karten zu verteilen, um den Narren zu spielen.

Gleichzeitige Bedrohungen in vielen thematischen und narrativen Bereichen ist die Grundlage der derzeitigen Strategie Russlands. Der Mehrvektorcharakter der geschaffenen Bedrohungen sollte es nicht ermöglichen, auf jede einzelne Bedrohung zu reagieren, ohne die Gefahr einer Eskalation anderer Bedrohungen zu provozieren. Die Vielfalt der Bedrohungen wiederum erlaubt es nicht, die Reaktion zu vereinheitlichen und zwingt die Gegner dazu, die eigenen Kräfte zu verzetteln. Jede einzelne Bedrohung kann jederzeit als Ablenkung für eine andere Bedrohung verwendet werden, je nachdem wie es für den Strippenzieher dieses Chaosspiels praktisch ist.

Das Hauptproblem bei einem solchen geopolitischen Spiel ist gleichzeitig auch der Hauptvorteil dieses Ansatzes – es besteht die Regel, dass es keine Regeln gibt. Es sind flexible und vielfältige Ansätze, die entsprechend der aktuellen Situation und dem jeweiligen Kontext angewandt werden können. Lassen sie uns gemeinsam versuchen, die Strategie des Kreml-Betrügers im Detail zu analysieren und zu verstehen, welche Regeln er für die jetzige Krise vorgeschrieben hat.

## Der Trumpf im Ärmel

Die Truppenaufstockung an der Grenze zur Ukraine wurde im vergangenen Monat zur wichtigsten Nachricht in allen Weltmedien. Und obwohl die ersten Berichte über aggressive Schritte Russlands, die von US-amerikanischen und britischen Geheimdiensten kamen, erstmals vom ukrainischen politischen Establishment ignoriert wurden, sind nun interne und externe Vorbereitungen für eine mögliche Winterinvasion bereits im Gange.

Gleichzeitig entwickelte sich eine andere Situation, die die Aufmerksamkeit sowohl westlicher Politiker als auch Journalisten auf sich zog – die Krise mit Migranten aus dem Nahen Osten an der Grenze zwischen Belarus und Polen. Das Problem mit den Migranten und die Verantwortung für die sich daraus resultierende humanitäre Situation wurde zu einem Stigma des europäischen Raums. Dazu trug in vielerlei Hinsicht Russland bei, die informationell und wirtschaftlich die negative Situation mit dem Migranten aufbauchte und die Schwerpunkte auf die notwendigen negativen Narrative setzte. Es wurde schnell klar, dass diese künstlich geschaffene

Sachlage ein Element zur Ablenkung von der Aufstockung russischer Truppen an der ukrainischen Grenze war. Aber dies sind nur zwei Spiele aus einer ganzen Reihe von politischen Kombinationen.

Erinnern wir uns daran, dass zum gleichen Zeitpunkt, am 16. November, das russische Militär den alten sowjetischen Satelliten vom Typ Tselina-D in der Erdumlaufbahn mit der neuesten Antisatelliten-Rakete zerstörte. (Es könnte entweder das S-500-System oder das strategische Raketenabwehrsystem A-235 Nudol sein, die Russen haben die Testdetails nicht preisgegeben.) Die Zerstörung eines Satelliten im Orbit erzeugt ein echtes Weltraum-Schrapnell-Projektile: Jedes Fragment eines Satelliten, das sich in der Erdumlaufbahn bewegt, wird zu einer Art kinetischem Projektile, das andere Weltraumobjekte treffen kann, u.a. auch die Internationale Raumstation ISS, in der sich derzeit eine amerikanische Besatzung befindet.

Nur zwei Tage später, am 18. November, begann eine neue Eskalation des Berg-Karabach-Konflikts. Dabei versuchte Armenien sein Bestes, Russland einzubeziehen, das aber seine OVKS-Verpflichtungen völlig ignorierte. Aserbaidschan und Armenien warfen einander Provokationen vor, doch es waren die Aserbaidschaner, die sofort die taktische Initiative ergriffen und ihren Einfluss und Kontrolle in den von Armenien besetzten Teilen Berg-Karabachs ausweiten konnten.

Somit haben wir zwei Vorfälle, die verheimlicht werden müssen, und zwei andere Vorfälle, die aus informationeller Hinsicht dafür geeignet sind, die ersten beiden zu überlappen. Von der einen Seite die Ansammlung von Truppen

an der Grenze zur Ukraine sowie die Weigerung, den Verbündeten zu unterstützen, von der anderen Seite – provokative und von den Medien sofort aufgegriffene Themen – die Zerstörung eines Satelliten sowie das Leiden der Migranten an der polnischen Grenze.

Einige Themen erfordern einen strategischen Ansatz seitens Moskau für deren Umsetzung, andere Themen, meist provokativ und sensibel, zielen ausschließlich auf die Informationsagenda und die Aufmerksamkeit des westlichen Informationsraumes. Das Verheimlichen eines der Narrative, wie z.B. die Stärkung der ukrainischen Streitkräfte angesichts der drohenden russischen Invasion, provozierte zunehmenden Druck auf das Migrantenthema und führte zu einer Flut von Gegenwürfen, eine humanitäre Krise verursacht zu haben. Dabei wird Russland von dem ohnehin schon fast als Vasallentum wahrgenommenen Regime des selbsternannten belorussischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenko unterstützt, der dadurch das subjektive Konfliktfeld verwischen ließ und ein Teil des Reputations- und Informationsschlagens auf sich nahm.

## Wie stellt man Kreml in eine Pattsituation?

Leider können wir derzeit nicht darüber sprechen, dem Putin-Regime einen Patt zu stellen. Dies ist eine Frage der strategischen Perspektive und viele einzelne Schachpartien müssen noch auf allen möglichen Plattformen gespielt werden. Wir können vorerst damit rechnen, Moskaus hybride Strategie mit einer Reihe von Gegenangriffen und Abschreckungen zu stoppen, und somit Bedingungen zu schaffen, dass die Fortsetzung einer solchen Strategie nicht den gewünschten Erfolg bringt und unverhältnismäßig teuer wird.

Welche Schritte müssen unternommen werden? Erstens, man muss lernen, flexibel und unkonventionell zu reagieren. Die Probleme von heute brauchen neue Lösungen. Standardmaßnahmen, wie Einführung von Sanktionen, Einreisebeschränkungen, politische Beschränkungen auf Kontakte und neue Projekte sind Basismittel, die zweifellos als die Grundlage der Abschreckungspolitik bleiben sollten. Doch in einer Zeit, in der unser Gegner ständig seine Taktik ändert, können wir uns nicht allein auf alte Maßnahmen verlassen. Warum nicht beispielsweise versuchen, unterdrückte nationale Bewegungen innerhalb Russlands zu unterstützen? Oder wäre es etwa nicht angebracht, die Umweltkomponente von Russlands Energieprojekten einmal unter die Lupe zu nehmen – nicht nur das berüchtigte Nord Stream 2, sondern auch Nord Stream 1, Jamal-Europa und South Stream? Wie wird Moskau auf den Versuch des Westens reagieren, alle Kriegsverbrechen des russischen Regimes zu kodifizieren, präzise abzuleuchten und eine Liste von Kriegsverbrechern zu erstellen? All diese Schritte mögen im Einzelnen klein erscheinen, aber als System können sie das Ausmaß und die Art eines Angriffes nachahmen, und somit auf den eigentlichen Angriff des Gegners auf Augenhöhe reagieren.

Zweitens müssen wir die Initiative zurückgewinnen. Bestimmte Kampfregeln werden auf allen Ebenen umgesetzt – vom üblichen Duell zweier wütender Kämpfer bis hin zu einer hybriden Konfrontation der Weltmächte. Eine dieser Regeln lehrt uns: um zu gewinnen, muss man die Initiative in eigenen Händen behalten und den Feind dazu zwingen, auf deine Handlungen zu reagieren. Auf diese Weise wird der Gegner genau das tun, was sie brauchen und zugleich keine Zeit haben, eigene Strategien zu entwickeln. Anfang 2021

konnte der Westen durch seine aktiven geopolitischen Bewegungen, neue Militärübungen und eine verstärkte Zusammenarbeit mit Verbündeten ausserhalb der NATO und der EU die strategische Initiative ergreifen und Russland dazu zwingen, auf neue Umstände zu reagieren, anstatt sie selbst zu schaffen.

Drittens, geht es um die Einheit. Dies ist die Supermacht, die der Westen und seine Partner fast jeder Bedrohung gegenüberstellen können. Ein Großteil der aggressiven Handlungen Russlands zielt darauf ab, eine vereinte Position zu zerstören und Alternativen im Westen zu schaffen – russische, ultrakonservative und antiwestliche Alternativen. Deshalb kann nur politische Zusammenarbeit, prinzipielle Einheit sowie ein gemeinsamer Standpunkt bei Konfliktsituationen die Grundlage dafür bilden, auf die hybriden Bedrohungen von heute zu reagieren.

In den modernen Konflikten ist das Entscheidende für den Sieg, das eigene Verständnis der Realität aufrechtzuerhalten. Die Vielseitigkeit der Realitätserfassung wird von Autokraten und Demokratiegegnern genutzt, um das Wesen der Begriffe zu verzerren und die eigene Aggression zu unterstützen. So sieht die aktuelle Aggression Russlands gegenüber der Ukraine und unserer westlichen Partner aus. Nur wer die wahre Realität versteht und den Mut und das Koordinationsgeschick hat, auf diese Bedrohungen zu reagieren, wird in der Lage sein, diesen modernen Krieg zu gewinnen.

# Ukraine NOW

de

**WWW.UKRAINENOW.DE**

**ALLES ÜBER UKRAINISCHE INITIATIVEN,  
VERANSTALTUNGEN UND PROJEKTE  
IN DEUTSCHLAND.**

**SEIT 2016 INFORMIEREN WIR TÄGLICH ÜBER  
KONFERENZEN, THEATERAUFFÜHRUNGEN,  
DISKUSSIONEN, LITERARISCHE BEGEGNUNGEN  
UND BUCHTIPPS IN DEUTSCHER UND  
UKRAINISCHER SPRACHE.**

**facebook** | 

# PROAKTIVITÄT UND UMDENKEN FÜR DIE UKRAINE

**OLEVS NIKERS,  
BALTISCHE SICHER-  
HEITSSSTIFTUNG,  
PRÄSIDENT [1]**



**R**ussland muss mit echten Konsequenzen rechnen, wenn es seine Truppen gegen die Ukraine richtet. Die Konzentration der russischen Armee an der Grenze bereitet der internationalen Gemeinschaft und der NATO sehr ernste Besorgnis. Dies ist bereits die zweite gravierende und ungewöhnliche Konzentration russischer Truppen in der Region in diesem Jahr. Wir sehen russische Panzer, Artillerieeinheiten, unbemannte Kampfflugzeuge und elektronische Waffensysteme sowie zahlreiche kampfbereite Einheiten. Die derzeitige Konzentration russischer Truppen ähnelt der im April, als Russland etwa 100.000 Soldaten an der Grenze zur Ukraine ansammelte.

Die Ukraine ist kein NATO-Mitglied und unterliegt keinem kollektiven Verteidigungsabkommen, dennoch muss das Bündnis an Russland ein klares Signal senden, dass die NATO hier ist, um alle Verbündeten zu schützen und zu verteidigen. Es gibt auch starke Botschaften, die die Ukraine selbst an Russland senden kann.

Im Februar 2014 "annektierte" Russland die ukrainische Halbinsel Krym. Seit April 2014 besetzen die von Moskau unterstützten Rebellen, Sabotageagenten und Soldaten der regulären russischen Einheiten große Gebiete in den Oblasten Luhansk und Donezk in der Ostukraine. Mehr als 13.000 Menschen sind während des Konfliktes in der Ostukraine umgekommen, fast drei Millionen wurden als Flüchtlinge registriert.

Um Russland für die Annexion der Krym und die Destabilisierung der Ostukraine zu bestrafen, haben die EU, die USA und andere westliche Länder Sanktionen gegen viele russische Beamte und Kreml-nahe Personen sowie gegen Russlands Finanz-, Verteidigungs-, Energie- und andere Sektoren verhängt.

Von den ersten Monaten des Konflikts an, als sich die russische Invasion der Halbinsel Krym auch auf das ukrainische Festland ausbreitete, war sich die internationale Gemeinschaft der Rolle des Kremls bewusst und verhängte Sanktionen gegen Moskau. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat bereits 2016 Russlands Beteiligung an den Kämpfen in der Ostukraine anerkannt, woraufhin Russland aus dem Internationalen Strafgerichtshof ausgetreten ist. Laut Dmitri Peskow (Pressesprecher des russischen Präsidenten) sei selbst ein einfacher Dialog zwischen russischen und ukrainischen Staatsbeamten pro-

blematisch, wenn beide Seiten zum Wesen des Konflikts so unterschiedliche Positionen aufweisen. Es sieht so aus, dass Putin überhaupt nicht daran interessiert ist, einen Kompromiss zu finden und das Problem mit der Ukraine zu lösen, sondern mit allen Mitteln versucht, die Ukraine sich zu unterordnen. Dies wird durch die Kommentare Putins selbst und anderer führender russischer Funktionäre eindeutig bestätigt.

Wie schützt man sich vor jemandem, der sich weigert, den Frieden anzuerkennen? Viele Experten und Analytiker sind der Meinung, Putin wolle mit der aktuellen Eskalation des Konflikts alle möglichen Optionen in seinen Konfrontationsspielen mit dem Westen ausprobieren. Dazu gehört u.a. ein totaler Krieg in Europa. Welche Gegenreaktionen hat denn die Ukraine und Europa selbst? Folgende Antworten wären möglich: „Nichts tun“, „Russlands Rechte gegenüber seinen Nachbarn respektieren“, "gravierende Konsequenzen für Russland zeigen und die Sanktionen gegen Moskau verschärfen" und – was in jüngster Zeit oft vorkommt – "schnelle Eingreiftruppe der NATO einsetzen, sollte Russland eine Militärintervention gegen die Ukraine starten".

Alle diese Möglichkeiten bedeuten im Grunde, sich nichtstuend zurücklehnen oder ruhig und gelassen das weitere Verhalten Russlands abwarten. Ist es nicht zu unverantwortlich, wenn es um die Staatlichkeit der Ukraine, die regionale Sicherheit und den Frieden in Europa geht? Wir werden jetzt nicht über einen revolutionären Aktionsplan sprechen, sondern uns theoretische Möglichkeiten vorstellen, die es der Ukraine zumindest konzeptionell und strategisch ermöglichen können, mit "Gegenoptionen" für Russland Schritt zu halten.

[1] [www.balticsecurity.eu](http://www.balticsecurity.eu)

Seien wir ehrlich, das russische Staatsoberhaupt kann sicher sein, dass die USA der einzige zuverlässigste Akteur mit ernsthaften Kampffähigkeiten in Europa ist, aber die Versuchung ist allzu groß, diese US-Regierung aufgrund aktueller Gegebenheiten herauszufordern, insbesondere, wenn man die relativen Erfolge im Konflikt mit Georgien (2008) und alles, was seit 2014 in der Ukraine passiert, in Betracht zieht.

Alle Handlungen, worauf europäische und transatlantische Bündnisse sofort mit "unvermeidlicher Reaktion" und "verheerenden Folgen" für Russland zu reagieren versprochen, werden von Moskau bereits brillant ausgeführt. Im Gegenzug erhält Putin lediglich nur einige Wirtschaftssanktionen und "harte Gespräche" von führenden westlichen Staats- und Regierungschefs, die aber gleichzeitig grundlegende Gasabkommen und andere für Westeuropa wichtige Verträge mit Russland verhandeln. Dies veranlasst Putin zu der Annahme, dass es in Wirklichkeit keine Konsequenzen, keinen echten und tatkräftigen Widerstand geben wird, um seine Aggression zu stoppen.

Die europäischen und NATO-Streitkräfte sind viel besser ausgerüstet als das russische Militär. Die europäischen und amerikanischen Schwachstellen, wie z.B. politische Differenzen, wenig zentralisierte und eher fragmentierte Führung und Kontrolle sowie die über ideologische Werte stehenden wirtschaftlichen Interessen, gehören zu der Liste von Faktoren, die es Putin erlauben, die zweite und dritte Phase seiner aggressiven Politik in Osteuropa zu verfolgen. Es ist wirklich schwer zu sagen, wann und wo sein Appetit nachlassen wird. Ein großer Krieg in der Ukraine wäre etwas, an dem die Generäle der russischen Armee sehr interessiert wären, um ihre Kampferfahrung zu erhöhen, und die ukrainische Armee ist angesichts der Operationen in der Ostukraine ein ebenbürtiger Gegner.

Fragen wir uns ob es denn möglich ist, Russland so etwas wie eine Idee zu geben, die es dazu zwingt, die Drohungen einer militärischen Invasion der Ukraine ernsthaft zu

überdenken oder ganz aufzugeben? Man soll proaktiv die Kampfstärke der ukrainischen Nation zeigen, die zu allem bereit ist und alles tun wird, um ihr Land zu verteidigen. Die Ukraine muss eine offensichtliche Bereitschaft, Zusammenhalt und Handlungsfähigkeit zeigen - nicht nur als Reaktion auf bestimmte Geschehnisse, sondern auch mehr proaktiv im Denken und Handeln sein, als von ihr erwartet wird.

In dieser Hinsicht ist eines der besten Beispiele der jüngeren Geschichte der Staat Israel, dessen Heldentum und Führung der Nation im Sechstagekrieg 1967 eine solide Grundlage für die israelische Staatlichkeit bildeten. Ein Präventivschlag bedeutet in den internationalen Beziehungen eine militärische Aktion eines Landes als Reaktion auf eine Bedrohung durch ein anderes Land, um das Letztere davon abzuhalten, seine Bedrohung im Gang zu setzen. Vor dem Militärangriff 1967 erklärte Ägypten eine Politik der Feindseligkeit gegenüber Israel, brachte seine Streitkräfte in maximale Kampfbereitschaft, verdrängte die speziellen UN-Einsatzkräfte aus dem Grenzgebiet Sinai, verstärkte seine Truppen an der Grenze zu Israel, kündigte die Sperrung der Straße von Tirana für israelische Schiffe an und schloss Abkommen über gegenseitige Unterstützung mit dem Irak, Jordanien und Syrien.

Theoretisch und praktisch lassen sich viele Parallelen ziehen, die mit dem russisch-ukrainischen Konflikt vergleichbar sind. Im Fall der Ukraine ist das Konzept des Präventivkrieges und deren Inhalt weniger ein dringender Aktionsplan, sondern eine Neuordnung der Weltanschauung. In Bezug auf eine Militäroperation muss etwas nur angedeutet und nicht tatsächlich getan werden, und etwas muss wirklich getan werden, um die Widerstandsfähigkeit der Ukraine zu stärken.

Der aktuelle Druck Russlands auf die Ukraine erinnerte mich an ein Gespräch vor einigen Jahren in Washington, DC, als ich mit einem Vertreter der Think Tank Community diskutierte, welche Optionen es für die baltischen Staaten und Lettland im Falle einer Wehrentwicklung des

russischen Militärs und der unmittelbaren Bedrohung unserer nationalen Sicherheit gäbe, angesichts der Tatsache, dass alle Truppen in Pskow, also im westlichen Militärbezirk Russlands, stationiert sind. "Warum nicht einen Präventivschlag gegen die Einheiten in Pskow machen, wenn man sieht, dass ein baldmöglichher Angriff bevorsteht?", wurde ich gefragt. Darauf musste ich nur lächeln. Dies ist ein sehr extremer Ansatz, angesichts der Größe der lettischen Armee oder aller baltischen Armeen zusammen. Aus Sicht des Militäreinsatzes sieht es derzeit etwas unrealistisch aus, aber das Gesamtkonzept und die Denkweise haben etwas Überzeugendes, wenn man sich an eine solche Strategie wagt.

Dies führt zu einer anderen Denkweise, und sobald man anfängt, proaktiv zu handeln, ist man schnell weit weg von der "Falle", die dein Gegner dir stellen möchte. Und so tat der kleine und junge Staat Israel im Jahr 1967, als er die eher "absurde" Idee einer Militäroperation gegen Ägypten umsetzte. Israel erkannte die unmittelbare Bedrohung der nationalen Sicherheit anhand verfügbarer Beweise und versetzte den ersten Schlag gegen einen viel stärkeren Gegner und alle seine Verbündeten. Es bedeutete bei weitem nicht, dass Israels Vorhaben auf jeden Fall erfolgreich sein wird, aber es war ein klares Signal an die Welt, dass diese Nation alles tun würde, um zu überleben.

In der modernen Ukraine und in Anbetracht der aktuellen Situation, ist das Konzept der Prävention breiter zu betrachten. Die ukrainische Militärstrategie, operative Planung, Militärführung sowie die politische Führung und gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit müssen allem vorankommen, was russische Strategen als eine Schwachstelle betrachten. Europa und die Vereinigten Staaten sind bereit, mit Rat und notwendigen Ressourcen zu unterstützen. Sollte es zu Kriegsaktionen kommen, muss Russland den Krieg auf seinem Territorium als eine realistische Option betrachten, wenn es eine umfassende Militärinvasion in der Ukraine startet.

# PUTINS BÖSARTIGER PLAN GEGEN DIE UKRAINE: GÜNSTIGE VERHÄLTNISSSE UND HINDERNISSE

**U**nter den Sicherheits-, Politik- und Wirtschaftsexperten (insbesondere zu Energiefragen) besteht kein Zweifel, dass Russlands jüngste Aufstockung der Streitkräfte an der Grenze zur Ukraine darauf abzielt, die finstere Agenda des Kremls voranzutreiben. Die Meinungsverschiedenheiten hängen von Ausmaß, Mitteln, Zeit und Geographie ab. Es ist Putins klare Absicht, zuzuschlagen, wenn die internationale Gemeinschaft und die Ukraine selbst am verwundbarsten und am wenigsten zum Widerstand bereit sind. Zu welchem Zeitpunkt dieser "perfekte Sturm" jedoch seinen Höhepunkt erreicht, damit Russland in die Offensive gehen kann, hängt von vielen Faktoren ab. Im Folgenden ist ein kurzer Überblick über wichtige nationale und internationale Entwicklungen, die entweder Putin freie Hände lassen werden oder aber seinen Blitzkrieg zumindest auf absehbare Zeit vereiteln könnten.





**MARYNA  
JAROSCHEWYTSCH,  
MITGLIED VON  
PROMOTE UKRAINE,  
REDAKTEURIN DER  
BRUSSELS UKRAÏNA  
REVIEW**

## Entwicklung der Lage in der Ukraine und externe Unterstützung

Für die ukrainische Wirtschaft ist es schwierig, den Kopf über Wasser zu halten und den Bürgern zu helfen, die wachsende Wirtschaftskrise zu überstehen. Die Notwendigkeit, Ressourcen für das Militär ausgeben sowie die politische Instabilität zuzüglich zu den bereits vorhandenen Problemen im Gesundheitswesen führen zur Verarmung, Orientierungslosigkeit und wachsenden Zukunftsängsten.

Offensichtlich ist Russland schuld, wenn auch nicht für den Anfang all dieser Prozesse, so doch zumindest daran, dass es an den Schwachstellen Druck ausübt und den Ernst der Lage mindert, was die Lage noch weiter verschlechtert. Die intern geschwächte Ukraine hat weniger Chancen, einem externen Feind zu widerstehen. Aus diesem Grund bemüht sich die ukrainische Regierung aktiv um Zusicherungen umfassender Hilfe durch ausländische Staaten und internationale Organisationen. Doch anstatt die Position der Ukraine zu stärken und dadurch Russland einzudämmen,

bewirkt es genau das Gegenteil: Putin hat kürzlich die militärische Präsenz der NATO an seiner westlichen Grenze und die Ausrüstung ukrainischer Streitkräfte für inakzeptabel erklärt, weil er darin die eigentliche ukrainische militärische Integration in die Strukturen der Allianz sieht.

Eine solche knallharte Rhetorik hält den Westen davon ab, starke und konkrete Verpflichtungen einzugehen, weil er sich nicht – sogar indirekt, nur indem er die Ukraine ausrüstet – mit Russland anlegen möchte. Die Erklärung des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg, die Allianz wäre nicht verpflichtet, die Ukraine zu verteidigen, ist eine von mehreren Erklärungen, die die obige Meinung untermauert. Demzufolge geben die internen Ereignisse in der Ukraine sowie die unsichere Unterstützung durch internationale Partner die Bühne frei für Moskaus trotziges Verhalten.

## Die Saga um Nord Stream 2 nähert sich dem Ende (bzw. der Inbetriebnahme) zu

Die Nord Stream 2 Pipeline ist sicherlich einer der wichtigsten Faktoren, wenn nicht der wichtigste, der Putins Invasionspläne beeinflusst. Das Hauptziel der Pipeline war es, die Ukraine beim Gastransit in die EU trotz dessen wirtschaftlichen und logistischen Ineffizienz zu umgehen. Der Bau der Pipeline wurde September 2021 abgeschlossen, und wenn er von den EU-Aufsichtsbehörden zertifiziert wird, so kann dies für Kyjiw nicht nur Milliardenverluste verursachen, sondern auch den letzten "Stolperstein" für Moskau beim Angriff auf die Ukraine beseitigen. Die Hoffnung, dass die internationale Gemeinschaft dies nicht zulässt, ist noch nicht erloschen, aber sie schwindet rasant mit jedem Tag.

Die Biden-Regierung, die ihre Arbeit aufnahm, als Nord Stream 2 zu 95 % fertig war, bemühte sich zuerst, dieses Projekt zu stoppen. Jetzt aber wird versucht, die Risiken zu mindern, falls Putin weiterhin Gaslieferungen als Waffen einsetzt. Nun liegt die Entscheidung beim Kongress,

der als Ergänzung zum jährlichen National Defense Permit Act erneut Sanktionen eingebracht. Werden diese abgeschafft, liegen alle Einflusshebel zu dieser Sachlage wieder in Europa.

In Deutschland arbeitete die scheidende Regierung Merkels an der Umsetzung von Nord Stream 2, während die bereits ernannte Außenministerin Annalena Baerbock signalisierte, ihr Resort werde den Forderungen Russlands nicht nachkommen. Zu diesem Thema wurde jedoch noch keine Entscheidung getroffen, vieles hängt von der innenpolitischen Dynamik Deutschlands sowie Russlands Verpflichtungen zur Einhaltung des EU-Kartellrechts und der regulatorischen Beschränkungen ab.

Sollte die EU-Regulierungsbehörde keine Zugeständnisse machen und der Kreml wiederum nicht genug tun für die Entbündelung von Gazprom (Trennung zwischen dem Eigentümer der Pipeline und dem Eigentümer des dort transportierten Gases), können wir über eine vorübergehende Abschreckung der russischen Offensive sprechen. Sollte aber Putin heimtückisch Wege finden, die Hindernisse für die Zertifizierung von Nord Stream 2 zu überwinden, werden Warnungen über Moskaus Muskelspiel sich nicht mehr auf politische Bedrohungen beschränken, sondern höchstwahrscheinlich zu einer militärischen Intervention eskalieren.

## Neue Welle der Migrationskrise und die langsame "Anschluß" von Belarus durch Russland

Der selbsternannte Präsident von Belarus Lukaschenko bereitet der EU schon seit Jahren Kopfschmerzen. Seine jüngste – von Russland unterstützte – "Begleitung" der auf dem Luftweg nach Belarus angekommenen Migranten aus Afrika und dem Nahen Osten direkt an die Landaußengrenzen der EU stellt für

die Letztere neue Gefahren dar. Wie die Erfahrung zeigt, haben die EU-Mitgliedstaaten noch kein gemeinsames Verständnis darüber erreichen können, wie mit illegalen Migranten, Flüchtlingen, Einwanderern und Asylsuchenden umzugehen ist und wie die Migrationslasten gerecht, maßvoll und effizient zwischen den Staaten zu verteilen sind. Daher führt selbst eine relativ geringe Zahl von Migranten (im Vergleich zu 2014-2015) zu starken Spannungen nicht nur zwischen den involvierten Ländern, sondern auch in den restlichen EU-Staaten.

Erstens wirken solche Widersprüche innerhalb der EU sehr ablenkend für sie selbst, zweitens deutet es auf die fehlende Verbundenheit innerhalb der EU hin, was Putin in die Hände spielt, und drittens erlaubt es somit Lukaschenko, sein echtes politisches Engagement schamlos zu zeigen. Lange Zeit schien er sich von äußeren Einflüssen ferngehalten zu haben, doch nun wird er allmählich zu einer Marionette Putins und stimmt der Annexion von Belarus durch Russland zu. Als Nachweis dazu dienen die zahlreichen bilateralen Militärübungen und die Zusammenführung des Potentials beider Streitkräfte.

Darüber hinaus hat Lukaschenko kürzlich die de facto und de jure Anerkennung der Krym als russisches Territorium angekündigt und deutlich gemacht, dass er in einem möglichen Krieg gegen die Ukraine auf russischer Seite kämpfen werde. Alle diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass Russland mit Hilfe von Belarus eine zweite Front im Kampf gegen die Ukraine eröffnen kann, während die EU aus letzter Kraft ihr Bestes versucht, ihre eigenen Aktionen gegen die wiederkehrenden Migrantenprobleme zu bündeln.

## Die US-Außenpolitik schwächelt, was Russland ausnutzt

Vorbei sind die Zeiten, in denen die internationale Gemeinschaft Champagner anhob, um Bidens Wahl zum Präsidenten zu feiern. Von Anfang an war klar, dass die Anzahl, das Ausmaß und die geographische Vielfalt der Probleme es den Vereinigten Staaten nicht erlauben, diese angemessen zu überwinden. Bidens Bereitschaft, "beabsichtigt feindliche Beziehungen" mit Putin aufzubauen, um den Weg für die Abwehr der geopolitischen Bedrohungen seitens China zu ebnen, war nicht nur voreilig, sondern völlig falsch. Seine weiteren Fehleinschätzungen über den Truppenabzug aus Afghanistan, Versuche, die Beziehungen zum Iran wiederherzustellen, um ihn an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern, und eine allzu ungesunde Besessenheit von der Zweistaatenlösung des Israelisch-Palästinensischen Konflikts – all das schafft die Voraussetzungen für Putin, seine Hände zu reiben. Für Moskau sagen Taten mehr als Worte.

Weder die Entsendung von CIA-Direktor Burns nach Moskau, um Russland vor einer Invasion in die Ukraine zu warnen, noch die öffentlichen Äußerungen von Außenminister Blinken am Rande des NATO-Gipfels erfüllten bisher ihren Zweck. Im Gegenteil, die Planung des zweiten amerikanisch-russischen Gipfels dürfte Putin als "grünes Licht" dienen, um seine Agenda inmitten der Äußerungen "ernster Besorgnis" des Westens und insbesondere der USA weiter umzusetzen. Wenn es die USA ernst mit der Abschreckung Russlands meint, müssen sie präventiv handeln und sich nicht nur auf "harte Gespräche" mit Russlands autoritären Machthaber beschränken, während der Letztere in aller Öffentlichkeit einen groß angelegten Angriff plant.

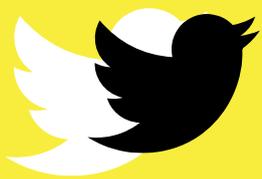
## Andere internationale Entwicklungen geben Anlass zu ernster Besorgnis

Wäre es nur möglich, die Herausforderungen und Bedrohungen zu begrenzen, indem man ihre Anzahl und ihr Ausmaß reduziert. Aber leider ist dies nicht der Fall. China droht, Taiwan einzunehmen (wo übrigens die meisten Halbleiter für die ganze Welt hergestellt werden); Israel bereitet sich darauf vor, entweder präventiv gegen seine Feinde vorzugehen oder zumindest sich selbst zu verteidigen und Friedensstörer aus dem Nahen Osten und anderen Ländern abzuwehren; es droht die Destabilisierung einer zunehmenden Zahl von Staaten im Nahen Osten, Nordafrika, Lateinamerika und so weiter. Zusammengenommen macht es die Situation weltweit gefährlich. Und obwohl kein einzelnes Vorkommen ein ausreichender Vorwand für eine russische Invasion in die Ukraine wäre, kann eine gleichzeitige Kombination von zumindest ein paar katastrophalen Ereignissen den kollektiven Westen "lähmen".

Die einzige Schlussfolgerung ist, dass jede sich verschlechternde Situation Putin in die Hände spielt und es ihm ermöglicht, politisch, wirtschaftlich und militärisch voranzukommen und die westlichen Demokratien zusammen mit der Ukraine zu untergraben. Um das Schlimmste zu verhindern, muss man handeln, bevor es nicht zu spät ist – Nord Stream 2 stoppen, der Ukraine neben zusätzlichen finanziellen und technischen Mitteln auch präventive Militärunterstützung zur Verfügung stellen sowie bei anderen Krisen – zumindest in der EU-Nachbarschaft – stärker vorzugehen, um eine Möglichkeit des russischen Angriffs aus mehreren Flanken auszuschließen.

# Europa ist die Zukunft!

**Folgt uns für Analysen  
und Informationen zur  
Ukraine und Osteuropa**



**@Promote  
Ukraine**

**Promote  
Ukraine**

# ROLAND FREUDENSTEIN: "PUTIN SPÜRT DIE SCHWÄCHE DES WESTENS"

## INTERVIEW

*Roland Freudenstein, Vizepräsident der Denkfabrik Globsek, ist der Meinung, dies sei eher ein psychologisches Manöver als eine Vorbereitung auf den Krieg. In einem Interview mit Sofia Shevchuk für Brussels Ukraina Review geht er darauf ein, welche Sanktionen für Russland schmerzhafter wären und was die Europäische Union und die NATO noch tun könnten, um die Ukraine in der aktuellen Situation effizienter zu unterstützen.*



**W**ashington und Kyjiw betonen, dass Russland Kapazitäten aufbaut, um die Ukraine anzugreifen, und Moskau bestreitet die Planung einer Invasion. Glauben Sie, dass die Situation diesmal gefährlich wird?

Bereits im Frühjahr war es gefährlich. Viele Experten meinen, dass es diesmal noch gefährlicher ist, weil Russland im Frühjahr nur die Infrastruktur an die Grenze brachte, jetzt werden aber auch Truppen verlegt. Dass Russland den Angriff bestreitet ist klar, das tun die Angreifer immer. Ich bin mir nicht sicher, ob Putin angreifen wird, es hängt auch vom Verhalten der Ukraine und des Westens, hauptsächlich der EU, der USA und der NATO, ab. Ich persönlich habe das Gefühl, dass dies keine Kriegsvorbereitung ist, sondern eher ein psychologisches Manöver, was jedoch nicht bedeutet, dass Putin niemals angreifen wird. Sein unmittelbarer Plan ist es, den mi-

litärischen Druck zu erhöhen um politische Ziele zu erreichen. Diese Ziele bestehen aus mehreren Aspekten:

- eine Garantie bekommen, dass die Ukraine niemals der EU und der NATO beitrifft,
- den Westen zwingen, Druck auf die Ukraine auszuüben, damit sie die Minsker Abkommen laut Russlands Auslegung (Föderalisierung, Durchführung von Wahlen in den sogenannten Republiken) einhält, ohne aber dass Russland seinen Teil erfüllt,
- psychologisch einwirken, wie auch im Frühjahr dies der Fall war: Je öfter Russland seine Truppen an der ukrainischen Grenze konzentriert ohne dass etwas passiert, desto weniger wird in der Zukunft die Wahrscheinlichkeit sein, dass jemand Alarm schlägt.

Jetzt sieht der Kreml offensichtlich ein Fenster der Gelegenheiten: Die USA kümmern sich um ihre internen Probleme, Biden ist in Putins Augen ein schwacher Führer wegen Afghanistan, die neue deutsche Regierung hat bereits signali-

siert, dass sie Russland gegenüber kritischer sein wird, aber nicht zu einem militärischen Einsatz, wie Truppenverlegung, bereit ist. Wir nennen es "Laut sprechen, aber einen kleinen Stock tragen". Das ist eine gefährliche Kombination. Ich glaube, Putin versteht die Schwäche des Westens sehr gut.

**NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte: "Wir fordern Russland auf, transparent zu sein, Spannungen abzubauen und zu deeskalieren. Die NATO bleibt wachsam, und wir bieten der Ukraine weiterhin politische und praktische Unterstützung." Ist diese Aussage in einer solchen Situation stark genug? Sollte/Kann die NATO größere Anstrengungen unternehmen, um ihren Partner – die Ukraine – zu verteidigen?**

Die NATO ist ein Bündnis von Mitgliedstaaten- eine zwischenstaatliche Organisation. Ich denke, dass der Westen und die NATO-Verbündeten unverzüglich auf russische

Bedrohungen mit Militäreinsätzen in Polen und am Schwarzen Meer reagieren sollen. Es geschah bereits im Frühjahr, als die USA als Reaktion auf die russische Truppenkonzentration an der ukrainischen Grenze atomwaffenfähige Bomber in Polen stationierten. Einige Tage später begann der Abzug russischer Truppen. Dies war jedoch die Entscheidung der USA, nicht die der NATO. Die NATO ist in solchen Fällen langsamer, was Entscheidungen angeht. Darüber hinaus wollen einige Alliierte keine weiteren Militäreinsätze im Osten: Das ist die sogenannte White Flag Coalition (Italien, Frankreich und Deutschland). Die USA müssen also die Verantwortung übernehmen und die Initiative aus eigener Kraft weiterführen.

Darüber hinaus ist die Ukraine kein NATO-Mitglied und fällt somit auch nicht unter Artikel 5. Die NATO muss die Ukraine also nicht verteidigen. Die Ukraine hat nicht einmal einen Aktionsplan für die Mitgliedschaft, denn in den Augen einiger Staaten hätte dies in militärischer Hinsicht eine noch stärkere russische Reaktion auslösen können. Zugleich kann und muss ungeachtet der Nichtmitgliedschaft vieles mehr getan werden, wie z.B. Waffenlieferungen, (NATO-) Militärrübungen, Ausbildungsmissionen etc. Das alles findet in der Ukraine bereits statt und hat somit eine aufhaltende Wirkung. Man kann behaupten, dass westliche Sanktionen 2014 weitere Eskalationen gestoppt haben. Dass Mariupol immer noch eine freie Stadt ist, liegt höchstwahrscheinlich an den damals verhängten Sanktionen.

Schließlich muss Stoltenberg die – von den Alliierten vorgeschriebene – Sprache der Deeskalation sprechen, aber es ist falsch, dies ständig zu betonen. Wir sollen nicht vergessen, dass der Grundansatz des Westens sowohl im Kalten Krieg als auch heute der gleiche bleibt – starke Verteidigung, starke Abschreckung und ein Angebot für den Dialog mit der Sowjetunion damals und mit Russland heute. Es

ist wichtig zu verstehen: Möchte man jemanden abschrecken, so muss man in bestimmten Momenten auch gezielt eskalieren können. Dies soll auch der Gegenseite mitgeteilt werden. Der Spruch „Deeskalation über alles“ führt dazu, dass die eigenen Abschreckungsmöglichkeiten geschwächt werden. Somit könnte Russland zum Schluss kommen, dass die NATO nicht in der Lage ist, abzuschrecken. An Stoltenbergs Stelle würde ich eine sorgfältig ausbalancierte Mischung aus Bereitschaft, sich selber militärisch und die ukrainische Unabhängigkeit politisch (d.h. ggf. Eskalation) zu verteidigen und der Dialogbereitschaft (im Rahmen der Deeskalation) präsentieren.

### **Bereits 2014 verurteilte die Europäische Union die Annexion der Krym und verhängte Sanktionen gegen bestimmte russische Bürger und Unternehmen. Kann die Europäische Union mehr tun, wenn die Gefahr besteht, dass Russland die Ukraine angreift?**

Die EU kann viel Schmerzhafteres tun, als nur Oligarchen zu sanktionieren, heutzutage sind etwa 300 Personen aufgelistet. Zum Beispiel, könnte man Russland zusammen mit den USA aus dem SWIFT-Abkommen aussetzen. Auch können beispielsweise die persönlichen Sanktionen gegen die gesamte russische Machtelite deutlich verschärft werden, wie z.B. keine Visa mehr für Machthaber und ihre Familienmitglieder vergeben und ihr Vermögen in westlichen Banken sperren. Immer wenn russische Demokraten wegen ihrer menschlichen und staatsbürgerlichen Handlungen von Gericht verurteilt werden, so soll der Richter aufgrund der EU-Version des sogenannten Magnitsky-Gesetzes auch aufgelistet werden.

Wenn man über Nord Stream 2 spricht, so wird die Aussetzung des Zertifikats durch die Bundesnetzagentur als politisches Statement gewertet. Ich bin nicht sicher, ob es politische Argumente gab, es war ein rechtlicher technischer Fehler der russischen Seite. Auch seitens der EU gibt es noch einige Möglichkeiten, die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 einzustellen. Ich könnte mir vorstellen, dass die deutsche Regierung die Entscheidung treffen kann, den Gasstrom durch Nord Stream 2 mit Sanktionen zu versehen, falls etwas Dramatisches in der Ukraine passieren sollte. Nord Stream 2 kann als Instrument für politische Bedenken verwendet werden.

Großbritannien, Frankreich, Deutschland und andere EU-Staaten machten Erklärungen über schwerwiegende Konsequenzen für Russland, falls es die Ukraine angreifen sollte. Aber wir haben schon in der Vergangenheit gesehen, dass Moskau darauf nie achtet. Sollte die europäische Diplomatie nicht, sagen wir, aggressiver gegenüber Ländern wie Russland vorgehen?

Russland hat 2014, wie ich bereits erwähnte, der Sprache der EU-Sanktionen verstanden und ist vor Mariupol wegen Sanktionen gegen Eliten, Unternehmen und Regierungsbeamte stehengeblieben. Dafür gibt es weder Beweise noch Widerlegungen, aber es wäre vernünftig anzunehmen, dass Russland über weitere Sanktionen besorgt war und deshalb nicht mehr weiter vorrückte. Ich will es nicht anerkennen, wie Staatschefs einiger EU-Länder und Leiter der EU-Institutionen ständig darüber reden, dass wir die Beziehungen zu Russland neu umdenken müssen. So äußerten sich der französische Präsident Macron und die ehemalige EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini. Das halte ich für kontraproduktiv. Wenn wir ständig nur über Dialog reden, schwächen wir somit unsere Abschreckungskapazität.

## KRIEG ODER KRIEG ODER EIN ANDERES EIN ANDERES MANÖVER? MANÖVER? WAS DROHT WAS DROHT DER UKRAINE? DER UKRAINE?

*Worauf weist der Anstieg der russischen Truppen an der ukrainischen Grenze hin? Wie würde der Krieg aussehen, falls er stattfindet? Was steckt hinter der polnischen Grenzkrise und wie bereitet sich der Westen vor, der Ukraine zu helfen? Kann die EU die Ukraine angesichts einer eskalierenden Energiekrise unterstützen? Die Zeitschrift "Brussels Ukraine Review" stellt diese heiklen Fragen den Europaabgeordneten, Politikern Politikern aus der Ukraine und Belarus sowie sowie westlichen und ukrainischen Experten.*





**WITOLD WASZCZYKOWSKI,  
POLNISCHES MDEP  
(FRAKTION DER  
EUROPÄISCHEN  
KONSERVATIVEN  
UND REFORMISTEN),  
VORSITZENDER DER EU-  
UKRAINE-DELEGATION  
IM EUROPÄISCHEN  
PARLAMENT, EHEMALIGER  
POLNISCHER  
AUßENMINISTER**

**T**ausende Migranten nahe der polnischen Grenze zu Weißrussland sind keine polnische Grenzkrise. Es ist ein hybrider Angriff von Lukaschenko auf die EU-Grenze, nicht nur auf die polnische Grenze, sondern auch auf die von Litauen und Lettland. Und das sind nicht nur die Grenzen der EU, sondern auch die der NATO. Lukaschenko benutzt und täuscht Migranten, indem er ihnen sagt, dass sie über Polen nach Deutschland oder weiter in den Westen gelangen werden, wo sie sich legal befinden und Sozialleistungen genießen können. Die Migranten werden nicht darüber informiert, dass der Grenzübergang zu Polen und zu weiteren EU-Ländern ohne entsprechende Visa illegal ist.

Nach EU-Recht müssten sie Asyl beantragen und in einem Flüchtlingslager in Polen bleiben, was sie eigentlich nicht wollten.

Jetzt denkt jeder in Europa darüber nach, was hinter diesen Aktionen von Lukaschenko steckt. Wir gehen davon aus, dass dies Putins Szenario ist. Einer der Gründe, warum Putin Migranten nutzt, besteht darin dass Verhandlungen mit Europa aufgenommen werden. Denn sobald Verhandlungen zwischen Belarus und der EU beginnen, muss Lukaschenko offiziell als Präsident von Belarus anerkannt werden. Somit werden auch die bisher gegen Lukaschenko verhängten Sanktionen aufgehoben.

Auch könnte es als "Tarnung" dienen, damit man die Lage in der Ukraine – die Konzentration russischer Truppen an der östlichen ukrainischen Grenze – übersieht. Während Polen und die EU mit Belarus beschäftigt sind, wird Putin einen Angriff auf die Ukraine starten. Beide Szenarien erscheinen glaubwürdig und können zeitgleich auftreten.

Der jetzige Zeitpunkt ist äußerst perfekt: Die EU ist mit internen Angelegenheiten beschäftigt und die USA haben es auch mit der Innenpolitik zu tun. Daher gibt es auf der internationalen Bühne ein Vakuum, das Putin mit seinen Handlungen füllen kann.

Es gibt eine Tendenz, dass Russen immer die Zeitperiode nutzen, wenn der Rest der Welt sich in Winterferien befindet. Dies ist eine passende Zeit. Ich glaube nicht, dass Putin einen totalen Krieg braucht, er kann es sich nicht leisten, die gesamte Ukraine zu besetzen. Er wird es auch vor der ganzen Welt nicht rechtfertigen können, er will eher ein neues sog. "Anti-Maidan". Er will die ukrainische Regierung zwingen, Geld für Sicherheit und Verteidigung auszugeben, nicht für interne Reformen, die das Volk braucht

und die sehr teuer sind. Demnach werden die Ukrainer mit der jetzigen Regierung unzufrieden sein, da sie sich auf Verteidigung statt auf innenpolitische Reformen konzentriert. Somit hofft Putin, dass die Ukrainer letztendlich ihre Regierung wechseln werden.

Dies bedeutet nicht, dass es zu keinem Konflikt kommen wird. Putin will eine Landverbindung zwischen Donbas und der Krym schaffen, weshalb einige Städte wie Mariupol in Gefahr sein könnten. Eine andere Option wäre, die Ukraine vom Schwarzen Meer abzutrennen. Somit wäre Odessa in Gefahr. Sollten solche Aktionen wirklich stattfinden, so könnten die Ukrainer unzufrieden werden mit der Regierung, die nichts zum Schutz der ukrainischen Gebiete unternimmt. Dann wären die Ukrainer erneut enttäuscht von der euro-atlantischen Integration, der fehlenden Unterstützung und Hilfe seitens EU und NATO und könnten sich vom Kurs der europäischen Integration abwenden und sich nach Russland umorientieren.

Russlands Medien und die Propagandamaschine bereiten bereits das Narrativ für eine Invasion vor. Es ist ein typisches Muster für Russland, alles auf den Kopf zu stellen. Sie geben gerne anderen die Schuld, anstatt ihre eigenen Handlungen wie z.B. die Konzentration von Truppen an der ukrainischen Grenze zu erklären. Moskau wirft der ukrainischen Regierung sowie die NATO- und EU-Mitgliedstaaten Abschreckung vor und erklärt, dass Russland – falls etwas passieren sollte – nur vorhat, die russische Minderheit in der Ukraine zu beschützen.





**RASA JUKNEVIČIENĖ,  
LITAUISCHES MDEP  
(FRAKTION DER  
EUROPÄISCHEN  
VOLKSPARTEI),  
STELLVERTRETENDE  
VORSITZENDE DES  
UNTERAUSSCHUSSES  
FÜR SICHERHEIT  
UND VERTEIDIGUNG  
DES EUROPÄISCHEN  
PARLAMENTS,  
VERTEIDIGUNGSMINISTER  
VON LITAUEN 2008-2012**

**I**ch nehme diese Situation sehr ernst. Natürlich weiß niemand, was Putin wirklich im Sinn hat aber ich glaube nicht, dass er den Unsinn macht, einen weiteren totalen Krieg in der Ukraine zu beginnen.

Einerseits wissen wir nicht, wohin die aktuellen Spannungen führen werden aber andererseits wissen wir mit Sicherheit, dass Russland in der Vergangenheit Truppenkonzentration als Druckmittel auf die Ukraine und Europa eingesetzt hatte. Außerdem ist es sehr wahrscheinlich, dass Russland nun erneut versuchen wird, die Zunahme an militärischer Präsenz und Angst als Haupttrumpf zu nutzen, um seine eigenen geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen durchzudrücken.

Laut russischen Desinformationskanälen besteht das Hauptziel des Kremls darin, zu verhindern, dass die Ukraine eine Beitrittseinladung von der NATO erhält. Das ist Kremls größte Angst. Putin ist beharrlich paranoid, wenn er versucht, die Ukraine in die Umlaufbahn Russlands zurückzubringen, weil er wohl versteht, dass das Imperium des Kremls ohne die Ukraine unmöglich ist. Aber die Vorstellung, dass die Ukrainer mit Gewalt nach Russland "zurückgebracht" werden können, ist Putins großer Fehler.

Angesichts der starken pro-westlichen Ausrichtung der Ukraine glaubt Putin, dass er mehr Druckmittel braucht, um die Europäer davon abzuhalten, die euro-atlantische Integration der Ukraine auch nur als eine Chance zu betrachten. Nun ist es seiner Meinung nach an der Zeit, einen solchen zusätzlichen Einflusshebel zu schaffen: Die Welt hat mit der Unsicherheit wegen der Covid-Pandemie, steigender Preise, hoher Inflation, wirtschaftlicher Instabilität usw. zu kämpfen. Russlands Maßnahmen zielen darauf ab, bestehende Spannungen aktiv zu verstärken und das Gefühl der Angst und Unsicherheit festzuwurzeln. Dazu gehört nicht nur die Ansammlung der Streitkräfte. Heute wird in den Nachrichten von der wachsenden Zahl von Artilleriebeschüssen entlang der Trennlinie im Donbas berichtet. In den letzten Monaten erlebten wir zudem hybride Angriffe von Lukaschenko an der Grenze zu Litauen und Polen.

All diese Maßnahmen zielen darauf ab, den Druck auf die EU, die NATO und die Ukraine zu erhöhen und das müssen wir ernst nehmen. Als EU müssen wir eine gemeinsame Position erarbeiten und annehmen und dürfen uns nicht erpressen lassen. Wir müssen aktiv und vorausschauend handeln und die Zusammenarbeit mit unseren Partnern in der Ukraine stärken. Eine der konkreten Aufgaben, die wir tun kön-

nen, besteht darin, „unsere Hausaufgaben zu machen“ und bereit zu sein, spürbare Instrumente zur Unterstützung des Gipfeltreffens der Östlichen Partnerschaft im Dezember dieses Jahres bereitzustellen.

Ich kann nicht im Namen der EU oder der NATO insgesamt sprechen, aber das Europäische Parlament hat eine sehr klare Position zur russischen Aggression und Intervention geäußert. Wir machen uns keine Illusionen über die Absichten des Putin-Regimes. Diese Schlussfolgerung lässt sich auch aus dem jüngsten Bericht über die Ausrichtung der politischen Beziehungen zwischen der EU und Russland ziehen, der im September dieses Jahres bei allen politischen Gruppen große Zustimmung fand.

Die EU ergriff auch Vorsichtsmaßnahmen durch Verschärfung der Sanktionen gegen Mitglieder der russischen Kreml-Elite und einer stärkeren Unterstützung der demokratischen Opposition in Russland. Die jüngste Entscheidung, Alexei Nawalny den Sacharow-Preis für geistige Freiheit zu verleihen, belegt diese Position.

Neben konkreten Schritten, die die EU bereits unternahm, um die Aggression Russlands einzudämmen, unterstützt die Europäische Union die Ukraine weiterhin dabei, ihre Fähigkeiten zu erweitern, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu stärken sowie durch gegenseitigen Erfahrungsaustausch die russische Desinformation zu bekämpfen.

Noch stärkere Unterstützung bieten die Regierungen der einzelnen Länder. Eines der wichtigsten Beispiele ist das Strategische Partnerschaftsabkommen zwischen den USA und der Ukraine, unterzeichnet im September dieses Jahres. Es handelt sich um ein großes Abkommen, das umfassende Unterstützungsmaßnahmen in allen Schlüsselbereichen beinhaltet, von Sicherheit und Verteidigung über Demokratie und Menschenrechte bis hin zu wirtschaftlichen Reformen. Die Unterstützung ei-

niger Länder ist auch innerhalb der EU zu spüren. Litauen hat beispielsweise die euro-atlantische Integration der Ukraine konsequent unterstützt sowie militärische und institutionelle Hilfe zur Umsetzung der notwendigen Reformen geleistet.

Ende November trafen sich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und NATO-Generalsekretär Jan Stoltenberg zu einem gemeinsamen Besuch in Litauen. Dies ist das erste derartige Treffen in der Geschichte. Die Entscheidung Litauens, dieses Treffen auszurichten, ist an sich schon ein greifbares Signal, dass sowohl die EU als auch die NATO die Lage in der Region sehr ernst nehmen. Gleichzeitig hat das gemeinsame Treffen in Litauen gezeigt, dass die EU und die NATO angesichts der Sicherheitsherausforderungen Russlands eine starke Front sind. Der NATO-Generalsekretär kommentierte die Lage an der russisch-ukrainischen Grenze und versicherte Unterstützung der Ukraine seitens der Allianz.

Schaut man auf das Europäische Parlament, so wurde bereits eine klare Position formuliert. Dies belegt die massive Unterstützung des Berichtes über die Richtlinien der politischen Beziehungen zwischen der EU und Russland. Boris Johnson brachte seine Position zum richtigen Zeitpunkt zum Ausdruck, er rief deutlich zu Maßnahmen auf, die im Rahmen der bestehenden Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich weiterentwickelt werden können.

Die Annexion der Krym und der Ausbruch des Krieges im Donbas sind grundlegende Verstöße gegen das Völkerrecht. Wenn wir die Reaktion der EU betrachten, ist es sehr wichtig, dass wir nicht aufgegeben haben. Wir müssen eine Politik der Nichtanerkennung der Annexion der Krym verfolgen, egal wie lange sie dauert.

Anhand der russischen Aggression auf der Krim und im Donbas haben wir gelernt, dass es nicht möglich ist, mit Autokraten zu verhandeln. Die einzige Sprache, die sie verstehen, ist die Sprache der Macht. Europa darf sich keine Illusionen machen, dass weitere Gespräche die Situation verbessern werden.

Stattdessen müssen wir im wahrsten Sinne des Wortes geopolitisch denken. Es ist an der Zeit, dass die EU die geopolitische Verantwortung übernimmt und eine Führungsrolle in der Östlichen Partnerschaft zeigt. Auch wenn es nach wie vor entscheidend ist, die bestehende Unterstützung zu leisten und die existierenden Plattformen für die Zusammenarbeit auszudehnen, ist eine echte Führungsrolle der EU ohne einen starken und klaren Aufruf zur Integration unmöglich. Dies ist die einzige wichtige Maßnahme, die wir zu den Instrumenten der EU hinzufügen könnten.

Ich verstehe, dass die vollständige euro-atlantische Integration der Ukraine noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Man sollte aber keine Angst haben. Früher war der Westen diesbezüglich verängstigt, wovon aber nur Putin profitiert hat. Er verwendet Einschüchterungstaktiken, da er weiß, dass Angst eine mächtige Waffe ist.

Wir müssen mutig sein und der Ukraine einen klaren Kurs in Richtung europäischer Integration anbieten. Die europäische Integration der Ukraine, Moldaus und Georgiens, ist der einzige Weg, um demokratische Entwicklung, Wohlstand und langfristige Stabilität in diesen Ländern zu gewährleisten. Es gibt keine andere lebensfähige Alternative zu den Vorteilen, die die europäische Integration bringen kann. Darüber

hinaus kann sich der Erfolg dieser Länder auf dem Weg zur europäischen Integration auch positiv auf den Wunsch der Bevölkerung Russlands auswirken, ihr Land offener und demokratischer zu entwickeln.

Heutzutage gibt es immer öfter Diskussionen über die wirklich neuen Mechanismen der allmählichen Integration, wie die sog. "Prodi-Formel": "Alles außer Institutionen". Dafür müssen wir jetzt kämpfen, nicht nur für die Ukraine, sondern auch für unsere eigene Sicherheit. Je weniger Raum wir für die schädlichen Auswirkungen von Diktaturen an unseren Grenzen lassen, desto sicherer werden wir innerhalb der EU sein [1].

Bezüglich der Energiekrise, so sind sich derzeit nicht alle EU-Mitglieder der ganzen Bandbreite der Energieprobleme bewusst, die sich aus unserer Abhängigkeit von Russland ergeben. Nord Stream 2 ist ein gutes Beispiel dafür. Die Pipeline muss aber noch zertifiziert werden, was bedeutet, dass wir noch die Wahl haben. Der EU stehen einige Instrumente zur Verfügung: Alle Mitgliedsstaaten sind verpflichtet sicherzustellen, dass ihre Energieprojekte vollständig dem europäischen Recht entsprechen. Dies gilt auch für Nord Stream 2. Derzeit ist die Zertifizierung dieser Pipeline durch deutsche Behörden ausgesetzt, aber selbst wenn sie abgeschlossen ist, muss sie von der Europäischen Kommission überprüft werden. Die Europäische Kommission kann auch eine Untersuchung der Maßnahmen von Gazprom zur Manipulation des EU-Energiemarktes einleiten. EU-Abgeordnete haben die Europäische Kommission bereits um eine solche Untersuchung gebeten.

[1] More on the idea here: <https://elpnariai.lt/en/eap-beyond-westlessness>

Um jedoch wirksame Schritte zu unternehmen, müssen wir uns bewusst sein, dass die Einführung von Nord Stream 2 nicht zu unserer Energiesicherheit beitragen wird. Im Gegenteil, bei einer größeren Abhängigkeit laufen wir Gefahr weiterer schmutziger Erpressungsversuche durch Russland. Die aktuelle Preismanipulation, die europaweit zu einem starken Anstieg der Energiepreise führte, zeigt dies allzu gut. Für viele war dies ein Weckruf: Unsere Verbündeten beginnen zu erkennen, dass Russland kein verlässlicher Partner für unseren Energiebedarf ist.

Außerungen wie die von Boris Johnson sind in diesem Zusammenhang zu begrüßen. Er hat Recht: Wir können nicht gleichzeitig beides haben- sowohl signifikante Unterstützung der Stabilität und Demokratie bei unserem Nachbarn, als auch Geschäfte "wie immer" mit Russland, insbesondere in solch kritischen Bereichen wie Energie.

Diese These gilt sowohl für Europa als auch für die Ukraine. Die Letztere muss ihre Energieversorgung diversifizieren und ihre Abhängigkeit vom russischen Gastransit maximal reduzieren. Die Abhängigkeit von Russland ist eine Schwäche, die sich keiner von uns leisten kann, insbesondere angesichts der zunehmenden Bedrohungsversuche durch hybride Angriffe, zunehmende Militärpräsenz, Einmischung in politische Prozesse usw.

Meine größte Hoffnung ist, dass die Energiekrise ein "Weckruf" für ganz Europa sein wird, und sie dazu anspornt, ihre geopolitische Verantwortung und Führungsrolle zu behaupten.



**ROBERT BIEDROŃ,  
POLNISCHES MDEP  
(FRAKTION DER  
PROGRESSIVEN  
ALLIANZ DER  
SOZIALDEMOKRATEN),  
LEITER DER DELEGATION  
EU-BELARUS IM  
EUROPÄISCHEN  
PARLAMENT**

**D**as Zusammentreffen russischer Truppen an der Grenze zur Ukraine ist keine Übung. Bei normalen Militärübungen gelten bestimmte Regeln und Verfahren, wie etwa die rechtzeitige Unterrichtung der Partner. Das ist in diesem Fall nicht geschehen. Sollte Russland Gewalt gegen die Ukraine anwenden, müssten die EU und die NATO schnell und konsequent reagieren. Wir dürfen nicht zu einer Marionette Putins werden, der Europa mit der Unterbrechung der Gaslieferungen erpresst. Wir können auch davon ausgehen, dass Lukaschenkas letzter hybrider Krieg an der Grenze zu Polen nur der Anfang von etwas viel Größerem in Putins Sinn war. Wir müssen immer wieder betonen, dass die Unterstützung der NATO für die Ukraine keine Bedrohung für Russland darstellt.

**VIOLA VON CRAMONTAUBADEL, DEUTSCHES MDEP (FRAKTION DER GRÜNEN/FREIE EUROPÄISCHE ALLIANZ), STELLVERTRETENDE VORSITZENDE DER EU-UKRAINE-DELEGATION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT**



**R**ussland wendet hier die klassische Einschüchterungstaktik an, die auch von der Sowjetunion häufig eingesetzt wurde. Diese Taktik ist relativ "kostengünstig" und zielt darauf ab, den Westen zu testen. Eine ähnliche Situation hatten wir bereits im April 2021, als Russland sogar 120.000 Soldaten in der Nähe der ukrainischen Grenze mobilisierte und zeitgleich die Zahl der Waffen und sonstigen militärischen Ausrüstungsgegenstände im besetzten Teil des Donbass deutlich aufstockte. Dieses Mal ist die Situation jedoch noch komplexer, da die belarussische Dimension hinzukommt und die russische Kontrolle dort zunimmt. Eine Überlegung ist daher, dass Russland darauf setzen könnte, dass durch die häufigen militärischen Aufmärsche eine Art "Abnutzungserscheinung" auftritt, somit die Aufmerksamkeit im Westen für derartige Manöver sinken könnte und dem Kreml theoretisch eine weitere Besetzung der Ukraine mit minimalem internationalem Aufschrei und minimalen Konsequenzen ermöglicht würde.

In dieser Phase sollte die Entwicklung an der Ostgrenze der Ukraine aufmerksam verfolgt und die möglicherweise ernste Bedrohung nicht ausgeblendet werden. Die transatlantische Koordinierung ist von größter Bedeutung. KOM Präsidentin Ursula von der Leyen, EU Ratspräsident Charles Michel sowie die Staats- und Regierungschefs müssen bei Putin persönlich vorstellig werden und klar zum Ausdruck bringen, dass solche Spielchen gefährlich und extrem kontraproduktiv sind. Kakophonie innerhalb der EU Institutionen sollte unbedingt vermieden werden. Die EU sollte derweil alle diplomatischen Mittel nutzen, wie beispielsweise die Einberufung des russischen Botschafters oder ggfs auch eine Verschärfung der Sanktionen gegen Russland ankündigen.

Eine Einbindung der Ukraine in die transatlantischen Sicherheitsstrukturen wird von der Ukraine selbst die einzig wahre Lösung betrachtet, hier stehen jedoch innerhalb der NATO verschiedene Fragen offen, so dass diese Lösung sicher nicht praktikabel ist.



**ROMAN LOZYNSKY,  
VOLKSABGEORDNETER  
DER UKRAINE**

**Z**uallererst muss man verstehen, dass russische Truppen sich immer in abwechselnder Anzahl im Osten der Ukraine befinden. Die Information, dass sich die Truppenzahl erhöht, kann entweder das Erkundungsergebnis der ukrainischen Spezialeinsatzkräfte oder die der Partner, oder aber manchmal auch eine gezielte Provokation seitens Russland sein, um dessen Verhandlungsposition zu stärken. Dies geschieht oft vor hochrangigen internationalen Treffen oder wichtigen Beschlussfassungen.

Jetzt geht es um Nord Stream 2. Die Verhandlungsposition der USA, die Deutschland auffordert, die Pipeline als Waffe des Aggressors, nicht als ein wirtschaftliches Instrument, zu betrachten und deshalb nicht zu zertifizieren, ist im Endeffekt einer der Gründe für die Aufstockung russischer Truppen an der ukrainischen Grenze. Wir können die wahren Pläne Putins nie wirklich erfahren, aber wir dürfen nicht vergessen, dass Russland jederzeit großangelegt angreifen kann.

Anhand der Gespräche mit unseren Militärangehörigen, die ich mehrmals pro Jahr im Osten besuche, verstehe ich, dass sie bereit sind: Sie haben Kampfgest und Moral sowie moderne Waffen und Ausrüstung. Die russische Armee ist jedoch eine der mächtigsten weltweit. Seien wir also realistisch: Die Ukraine wird nicht alleine den Widerstand leisten können oder die Opferzahl wird sehr hoch sein. Daher ist man auf die Hilfe der Partner angewiesen. Einige haben bereits ihre Unterstützung, u.a. militärische, versichert, andere wiederum verwenden nur diplomatische Mittel.

Ich bin der Meinung, die EU hat keine Lehren gezogen, sie reagiert immer situationsbedingt. Zu einem bestimmten Zeitpunkt gibt es reges Interesse, heute ist es Nord Stream 2. Es gibt auch wirtschaftliche Interessen der Mitgliedsstaaten, die heimlich besprochen werden von denen wir nichts wissen. Ich würde also nicht erwarten, dass man aus der Vergangenheit etwas lernen kann. Die russische Annexion von Teilen Georgiens – zuerst Abchasien und im 2008 Südossetien – hat nichts zum Verständnis der späteren russischen Aggression 2013-2014 beigetragen. Daher soll man nicht die Lehren der Geschichte abwarten, sondern selbst eine starke Position aufbauen.

Apropos Energiekrise, sind weder die Ukraine noch Europa dazu bereit. Schließlich ist die Energiekrise in der Ukraine zuallererst eine Krise der Versorgungskosten, steigender Preise, was folglich zur Unzufriedenheit mit der aktuellen Regierung führt. Schließlich bewirkt eine Erhöhung der Kommunalkosten die Frustration gegenüber der eigenen Regierung, was letzten Endes die allgemeine Situation überall destabilisiert.



**ALJAKSANDR MILINKEWITSCH, KANZLER DER WEIßRUSSISCHEN FREIEN UNIVERSITÄT, GEMEINSAMER PRÄSIDENTSCHAFTSKANDIDAT VON DER VEREINTEN OPPOSITION IM JAHR 2006, GEWINNER DES SACHAROW-PREISES "FÜR GEISTIGE FREIHEIT" DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS**

**R**ussland tut alles, um die Ukraine zu destabilisieren und sich als unvermeidlicher Hegemon in der Europa- und Weltpolitik durchzusetzen. Das neue Säbelrasseln ist bloß ein Versuch, Druck auszuüben und auf die eigene Agenda aufmerksam zu machen. Der Energie- und Militärbereich sind die wichtigsten Instrumente des russischen Einflusses auf die Außenwelt. Mit der Erhöhung des Einsatzes versucht Russland zudem, jegliche positiven Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine sowie zwischen der NATO und der Ukraine zu blockieren.

Die Ukraine ist offensichtlich dafür bereit, sowohl moralisch als auch militärisch. Das Schlimmstfall-Szenario kann nicht ausgeschlossen werden. Die Bereitschaft des kollektiven Westens, für beispielweise Charkiw zu sterben, ist nicht gegeben. Deshalb kann es sich Russland leisten, hoch zu pokern, um Zugeständnisse im nichtmilitärischen Bereich zu erhalten, wie z.B. die endgültige Inbetriebnahme von Nord Stream 2 und Anderes. Der Westen erweckt den Eindruck, unkonsolidiert und mit internen Problemen beschäftigt zu sein.

Die Europäische Union spricht viel über ihre strategische Autonomie. Die Politik der EU gegenüber Russland und der Ukraine zeigt jedoch ihre Schwäche und Widersprüchlichkeit. Restriktive Maßnahmen gegen Russland als Antwort auf die Annexion der Krim und die Besetzung des Ostens der Ukraine waren nicht ausreichend. Deutschland als führendes Land in der EU handelt manchmal zum Nachteil der gemeinsamen Politik. Die EU kann die Sicherheit der Ukraine nicht garantieren. Der Westen missversteht immer noch die Denkweise des Kremls, der ausschließlich Stärke, Kompromisse und Diplomatie respektiert.

In Bezug auf die Energiesituation, glaube ich, dass sich die ukrainische Führung der Unterstützung bewusst ist, auf die sie zählen kann. Es ist unwahrscheinlich, dass die EU als solche bereit ist, eine umfassende Energiekrise zu bewältigen.



**ANDREAS UMLAND, ANALYST AM SCHWEDISCHEN INSTITUT FÜR INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN**

**D**ie Konzentration der russischen Truppen an der ukrainischen Grenze ist bisweilen das eine Form des politischen Drucks. Ob es eine ernsthafte Kriegsvorbereitung, der Beginn einer kleinen Eskalation oder einfach nur eine Möglichkeit ist, die Ukraine und den Westen in Angst zu versetzen, darüber werden wir später erfahren. Womöglich weiß der Kreml auch noch nicht, was er tun wird und kann Entscheidungen erst im Verlauf der Ereignisse treffen.

Der Westen hat nicht vor, die Ukraine direkt, sprich, mit Truppen, zu unterstützen. Dies muss auch nicht unbedingt notwendig sein. Die Ukraine bereitet sich schon seit mehr als sieben Jahren auf ein solches Szenario vor. Die Vorbereitung ist besser als 2014, und auch die Lage ist verständlicher als 2014. Noch ist nicht bekannt, wie weit der Westen bei der Einführung von Sanktionen gegen Russland gehen wird.

Rhetorisch nimmt der Westen heute eine schärfere Haltung gegenüber Russland ein. Was die Wahl der politischen Handlungen anbetrifft, wird sich zeigen, sobald dies der Fall sein wird. Im Westen scheinen die bisherigen Sanktionen ein Teilerfolg gewesen zu sein. Dadurch wurde die Situation zwar nicht gelöst, jedoch konnte Russland zurückgehalten werden. Bei einer Eskalation kann es also zu neuen sektoralen und individuellen Sanktionen kommen. Andererseits diskutiert der Westen über mögliche neue Zugeständnisse seitens der Ukraine bei der Umsetzung der Minsker Abkommen nach russischer Auslegung.

Im Westen herrscht Solidarität mit der Ukraine. Allerdings gibt es in Deutschland verschiedene Gruppen, die von der Nord Stream 2 Gaspipeline profitieren und sich für politische Konsequenzen nicht interessieren. Die USA können dieses Projekt durch Sanktionen noch stoppen.



**JAROSLAW  
 TSCHORNOHOR,  
 VORSTANDSMITGLIED  
 DER NGO "RAT FÜR  
 AUßENPOLITIK"  
 UKRAINISCHES PRISMA"**

**D**ie Aufstockung der russischen Truppen ist ein Signal an die NATO-Staaten, dass Russland "die Einsätze erhöht", indem es droht, einen totalen Krieg auf dem Territorium der Ukraine zu beginnen. Auf diese Weise verschafft sich Russland die Aufmerksamkeit der führenden Länder der Welt, insbesondere der USA. Dies wird getan, damit man Russland in der großen Politik berücksichtigt.

Russland nutzt die Kriegsdrohung als Druckmittel auf die Ukraine und ihre Partner.

Boris Johnson skizzierte in seiner Rede die Probleme des internationalen Systems und rief dazu auf, sich ihnen zu stellen. England tut viel, um die Verteidigung und Widerstandsfähigkeit der Ukraine zu stärken. Aber ob es eine spürbare Unterstützung aus anderen europäischen Ländern geben wird, bleibt eine offene Frage, denn erstens ist Großbritannien aus der EU ausgetreten, und zweitens hat die EU selbst viele erhebliche interne und externe Probleme zu lösen.

Die EU hat keine Lehren gezogen, das Hauptziel dieser Institution ist den Konflikt möglichst gering zu halten und die innere Stabilität beizubehalten. Darauf zielen alle Bemühungen ab und man versucht, mit dem russischen Aggressor eine Einigung zu erreichen.

In Bezug auf die Gasleitung, die Abhängigkeit von der russischen Energie in verschiedenen europäischen Ländern ist unterschiedlich, daher ist die Bereitschaft, die Ukraine zu unterstützen und gleichzeitig Russland zu widerstehen, auch verschieden. Die Ukraine sollte nicht auf eine einheitliche Unterstützung zählen, denn jedes Land wird in erster Linie seine eigenen Interessen schützen. Die Verteidigung der Ukraine liegt vollkommen in der Verantwortung der Ukrainer selbst, es ist notwendig, dies zu erkennen und aus dieser Stellungnahme die Defensive aufzubauen. Die internationale Unterstützung kann nur ein zusätzlicher, wenn auch sicherlich sehr wichtiger, Faktor sein.



**DAVID STULIK, SENIOR  
 ANALYST BEIM  
 EUROPEAN VALUES  
 CENTER FOR SECURITY  
 POLICY (PRAG)**

**A**lle destabilisierenden Bemühungen entweder seitens Russland (Aufstockung seiner Armee an der Grenze zur Ukraine, instabile Gaslieferungen nach Europa, Involviertheit auf dem Westbalkan, in Zentralafrika usw.) oder seitens Belarus (künstlich verursachte Migrantenkrise), die unter dem selbsternannten "Präsidenten" Lukaschenka zu einer Marionette in den Händen des Kremls bei seinen Operationen gegen den Westen geworden ist, sind tatsächlich Teil eines größeren Spiels – der Prüfung des Westens durch den Kreml. Auch soll man die Möglichkeit in Erwägung ziehen, dass der Westen (insbesondere Polen) durch die Lage an der Grenze zu Belarus abgelenkt und deswegen auf andere aggressive Aktionen und Schritte des Duos Lukaschenka/Putin weniger vorbereitet sein wird.

Ich persönlich glaube nicht, dass Putin einen umfassenden Krieg in der Ukraine und gegen die Ukraine beginnen könnte. Er wird auf heftigen Widerstand stoßen, der zu erheblichen Verlusten auf Seiten der russischen Armee führen wird. Das könnte

für ihn in Russland negative Folgen haben. Stattdessen kann er sich vollkommen für die Durchführung schneller und kurzzeitiger Militäroperationen gegen die Ukraine entscheiden, die ihm sofortige Ergebnisse bringen würden. Es besteht auch die Möglichkeit der Einführung russischer Truppen in die besetzten Teile des Donbases, wo diese Truppen als "Friedenstruppen" (wie es in Transnistrien der Fall sei) stationiert werden könnten. Dafür braucht Putin aber einen triftigen Grund, so kann er in den besetzten Gebieten einige Provokationen durchführen lassen und diese als einen formellen Vorwand nutzen, um zu intervenieren.

Wann immer die russischen Medien, die von dem Kreml stark und gründlich kontrolliert werden, solche Informationskampagnen starten, hat es einen bestimmten Grund. Man kann sicher sein, dass in ihrem Timing nichts Zufälliges passiert. Im Gegenteil, diese Informationseingriffe sind ein Signal dafür, dass der Kreml weitere hybride Operationen gegen seine "Feinde" startet: gegen den Westen und gegen die Ukraine.

Ich kann auch nicht ausschließen, dass Putin mit all diesen destabilisierenden Schritten nur zum wievielten Mal die "roten Linien" der westlichen Verteidigung und Reaktion überprüft. Er kann auch bluffen und so seine Einsätze in den Beziehungen mit dem Westen / mit der Ukraine erhöhen sowie durch hybride und militärische Bedrohungen bessere Verhandlungspositionen für sich verschaffen.



**ILYA PONOMARENKO,  
UKRAINISCHER  
JOURNALIST UND  
MILITÄRBERICHTER-  
STATTER**

**D**ie Aufstockung russischer Truppen an der ukrainischen Grenze deutet meiner Meinung nach auf die Absicht der russischen Führung hin, die militärischen und politischen Spannungen in der Region erneut als Druckmittel auf europäische Länder, darunter Deutschland und Frankreich, zu nutzen. Dies kann an Zertifizierungsproblemen des Nord Stream 2 liegen.

Wie die Krise vom April 2021 gezeigt hat, ist der Druck durch sehr demonstrative Militärmanöver nahe der Grenze der Ukraine ein äußerst wirksames Instrument. Zugleich bin ich der Meinung, dass Russland wirtschaftlich, militärisch und politisch nicht in der Lage ist, eine totale Invasion durchzuführen, die ukrainischen Armee zu vernichten, die Widerstandszentren zu zerstören und ein Friedensabkommen mit der politischen Führung der Ukraine aufzudrängen. Der extrem hohe Preis und die fragwürdigen Ergebnisse einer solchen Operation machen ein derartiges Szenario eher unwahrscheinlich.

Ich denke, dass keine der Seiten, einschließlich Russland selbst, für ein solches Szenario weder politisch, wirtschaftlich, noch militärisch zu 100 % bereit ist. Für die EU wäre ein totaler Krieg, nach dem Ausmaß ähnlich dem Vietnamkrieg, verbunden mit Millionen ukrainischer Flüchtlinge aus den angegriffenen Städten undenkbar, und auch die NATO wird verheerende politische Verluste erleiden, weil sie Russland an dessen Westflanke nicht eindämmen konnte. Auch die Ukraine hat angesichts der Systemprobleme im eigenen Verteidigungssektor keine 100-prozentige Chance, eine umfassende, vielschichtige Militäroperation abzuwehren. Aber das große Territorium, eine motivierte Armee und die beträchtliche Fähigkeit der Bevölkerung, sich selbständig zu mobilisieren (wie das Jahr 2014 zeigte), machen den Preis für eine Invasion und Besetzung des Landes sicherlich zu hoch.

Bezüglich den Worten von Boris Johnson, ist es meiner Meinung nach eine Kombination aus einem Statement und einem Aufruf an Westeuropa. Die britischen Eliten verstehen historisch sehr wohl die Notwendigkeit, zur Eindämmung Russlands hart durchzugreifen. Heutzutage spürt man dort die wachsende Anfrage nach politischer Führung in der westlichen Welt.

Die letzten politischen Entscheidungen, die gezielt in die Medien durchgesickert sind, wie z.B. die Information über die Bereitschaft, 600 Soldaten in die Ukraine zu entsenden, zeigen den Willen, eine harte und entschlossene Haltung einzunehmen, die für den Kreml, der nur die Sprache der Macht respektiert, bereits ein wichtiger Faktor ist.

Was die Einflussinstrumente anbetrifft, so glaube ich, dass die EU trotz ihres schwachen politischen Willens immer noch über

einen ernsthaften Einfluss verfügt, vor allem durch die Möglichkeit, milliardenhohe Vermögen russischer Eliten einzufrieren, sowie durch andere schwerwiegende Wirtschaftssanktionen, was als eine enorm wirksame Abschreckung dient.

Eine großangelegte Invasion und versuchte Besetzung der Ukraine mit 40 Millionen Einwohnern würde auf jeden Fall eine Operation in der Größenordnung des Irak im Jahr 2003 bedeuten und beispiellose menschliche Verluste und materielle Schäden mit sich ziehen. Im Falle einer wirklich umfassenden Invasion glaube ich, dass neue Herausforderungen, wie die beispiellose Migrationskrise an den Westgrenzen der EU, weitaus gefährlicher sein werden als die Energiekrise, daher wird Europa wahrscheinlich viel mehr tun, um eine Invasion zu verhindern als eine neue Versöhnung nach der Eroberung der Ukraine zu suchen.



**DANIEL SZELIGOWSKI,  
 LEITER DES  
 OSTEUROPA-  
 PROGRAMMS AM  
 POLNISCHEN INSTITUT  
 FÜR INTERNATIONALE  
 ANGELEGENHEITEN**

**D**as Hauptszenario ist, dass Russland die Einsätze erhöht und soweit die Grundlage für Gespräche mit den USA über die Zukunft der Sicherheitsarchitektur in Europa bereitet. Aus russischer Sicht sollte solch eine neue Vereinbarung einerseits die sogenannte Sphäre der privilegierten Interessen Russlands, zu der die Ukraine gehört, berücksichtigen, und andererseits die Schaffung einer Pufferzone in Mitteleuropa festhalten, in der Russland nur eine begrenzte Militärpräsenz der NATO sehen möchte.

Es gibt auch das Szenario einer möglichen Militärintervention in der Ukraine, es besteht wohl eine solche Bedrohung, aber letztendlich hängt es von der westlichen Reaktion ab. Wenn es keine Antwort auf die Stellungnahme des russischen Militärs geben wird, ist auch ein zweites Szenario möglich.

Auf die EU fokussiert sich Russland nicht, es geht ihr um die NATO und die USA. Daher hängt es in erster Linie von der Bereitschaft der Amerikaner ab, die Ukraine zu unterstützen und hart zu reagieren. In den Vereinigten Staaten ist eine Debatte entbrannt zwischen denen, die Russland widerstehen möchten und denen, die die Ukraine aufopfern können. Das Ergebnis dieser Diskussion ist noch unklar. Normalerweise würde ich sagen, dass die USA kein Abkommen mit Russland zum Nachteil der Ukraine unterstützen werden, aber aufgrund der Truppensammlung um die Ukraine herum, erleichtert es der Kreml der USA sich zu entscheiden und rechtfertigt diese Entscheidung "im Namen des Friedens".

Der Einfluss der EU auf Russland liegt im wirtschaftlichen Bereich: Sanktionen, Energiepolitik und Handel. Die Außen- und Sicherheitspolitik bleibt trotz ihrer Koordinierung weiterhin in

der Hand der Mitgliedstaaten. Es wird keine gemeinsame militärische Reaktion seitens der EU geben, dies hängt von der NATO ab. Wir haben gelernt, dass Russland vor einem Militäreinsatz nicht zurückschreckt, wenn der Preis relativ bescheiden ist, und zugleich der Westen nicht zu entschlossenem Handeln bereit ist. Außerdem dürfen wir uns nicht auf die Gewissenhaftigkeit Russlands verlassen. Aber ich glaube, nicht alle in der EU verstehen das.

Die zentrale Frage ist, ob es noch weiterhin Gastransit durch die Ukraine geben wird. Zu diesem Thema sollten Verhandlungen zwischen der EU, Russland und der Ukraine geführt werden. Natürlich wäre es viel einfacher, wenn es keine Alternativen gäbe, wie z.B. Nord Stream 2. Das Gas, das durch die Ukraine strömt, könnte bald über Nord Stream 2 transportiert werden, und die Gasinfrastruktur der Ukraine könnte weitgehend überflüssig werden. Nord Stream 2 verschafft Russland einen enormen Einfluss auf Deutschland und die EU insgesamt. Tatsächlich beweist Nord Stream 2, dass die Deutschen Recht hatten und dass der Wandel tatsächlich durch Handel hätte erfolgen können. Dies funktioniert jedoch anders, als sie dachten, da es die Einführung autokratischer Normen und Korruption in einer Demokratie ermöglicht. Putin wird Nord Stream 2 nutzen, um eine entscheidende Reaktion der EU auf seine Abenteuerlust zu erschweren.

Zu der Krise an der polnischen Grenze, so sind Putins hybride Kriegsführungstaktiken bekannt. Lukaschenko zu zwingen, Tausende von Migranten an die polnische Grenze zu treiben, lenkt einen wichtigen Verbündeten der Ukraine – Polen – kurz vor einer möglichen Invasion der Ukraine ab. Polen wird sich wohl mehr auf die Bedrohung seiner Grenze konzentrieren als auf die Aufstokkung russischer Truppen an der ukrainischen Grenze.

Die Frage ist, wer hinter der Krise steckt – Lukaschenko oder Putin. Ich würde nicht so weit gehen zu sagen, dass Putin die ganze Krise von Anfang an organisiert hat. Ich nehme an, dass dies Lukaschenkos Abrechnung ist, um sich an Polen und Litauen für die Unterstützung der belarussischen Opposition und der EU-Sanktionen gegen Belarus Anfang dieses Jahres zu rächen. Darüber hinaus hat Lukaschenko eine Krise geschaffen, um im Nachhinein eine Lösung vorzuschlagen, er wäre bereit, einen Schritt zurückzutreten, sobald die Sanktionen gegen ihn aufgehoben werden. Aber die EU ist für eine solche Entscheidung noch nicht bereit. Wenn wir annehmen, dass Putin dahintersteckt, dann können wir auch davon ausgehen, dass dieser Konflikt als eine Ablenkung von Russlands Aktionen an der ukrainischen Grenze gedacht war.

Die Bedrohung durch eine militärische Lösung ist die höchste seit 2015. Dafür gibt es mehrere Argumente. Einerseits zwingt die COVID-Pandemie den Westen, sich auf interne Fragen zu konzentrieren, die polnisch-belarussische Krise lenkt die Aufmerksamkeit der NATO ab und der Abzug der US-Truppen aus Afghanistan lässt Russland glauben, dass die amerikanische Macht schwä-

chelt. Auf der anderen Seite sammelte Russland die größten internationalen Reserven in seiner Geschichte an. Wenn Putin also zusätzliche Kosten riskieren müsste, ist jetzt der richtige Zeitpunkt dafür. All dies zusammen bedeutet, dass sich aus russischer Sicht ein „Fenster der Gelegenheit“ für einen Schritt nach vorne öffnete. Dennoch glaube ich nicht, dass es einen totalen Krieg geben wird, höchstwahrscheinlich eine Eskalation im Donbas oder einen kleinen Angriff, um zu sehen, wie der Westen darauf reagiert. Gäbe es dann doch keine Antwort, könnte Russland weiterziehen.

Der Informationskrieg mag einer der Versuche Russlands sein, um den Westen einzuschüchtern und den Eindruck zu erwecken, Moskau habe diesmal wirklich ernsthafte Absichten. Dies ist eine Art Stimulierung für die USA, mit Russland an einem Tisch zu sitzen. Aber wenn die Russen ernsthaft über eine Militäroperation nachdenken, brauchen sie einen Vorwand, nicht unbedingt für sich selbst, aber für diejenigen im Westen, die ständig nach Argumente suchen, um alles was Russland treibt, einfach zu übersehen. All dies dient dazu, damit nur diejenigen bleiben, die die russische Aggression rechtfertigen und gleichzeitig behaupten, Russland sei dazu gezwungen gewesen bzw. provoziert worden.



***Die Aufstockung der russischen Truppen ist ein Signal an die NATO-Staaten, dass Russland "die Einsätze erhöht", indem es droht, einen totalen Krieg auf dem Territorium der Ukraine zu beginnen. Auf diese Weise verschafft sich Russland die Aufmerksamkeit der führenden Länder der Welt, insbesondere der USA. Dies wird getan, damit man Russland in der großen Politik berücksichtigt.***



PROMOTE FREEDOM  
FOUNDATION

# Support us

<https://promotefreedom.foundation/donate/>



# Україна В Брюсселі



## СПИНИТИ НАСТУП! СПЕЦВИПУСК

РОМАН СУЩЕНКО, ВІТАЛІЙ ПОРТНИКОВ, ВОЛОДИМИР ОГРИЗКО,  
РОЛАНД ФРОЙДЕНШТАЙН, РАСА ЮКНЯВІЧЕНЕ, РОБЕРТ БЕДРОНЬ,  
ВІТОЛЬД ВАЩИКОВСЬКИЙ

ЖОВТЕНЬ-ЛИСТОПАД-ГРУДЕНЬ 2021

Огляд Україна Брюссель